

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August 1982

Evangelische Verantwortung

Heft 8/1982

Deutschland – Deine Kirche!

Ernst L. Schnellbächer

Nach einem langjährigen Dienst als Seelsorger an der Deutschen Lutherischen Kirche in Kingston upon Hull, England, kehrt Pastor Schnellbächer in diesem Jahr nach Deutschland zurück. Mit innerer Anteilnahme, aber auch mit einer durch die Distanz geschärften Sicht schildert er die Entwicklung der Evangelischen Kirche in unserem Lande in den letzten Jahren, wie er sie von „außen“ sah.

Die britischen Inseln gehören geographisch und kulturell gewiß zu Europa. Dennoch betrachtet man den „Kontinent“, wie man hier sagt, aus reservierter Distanz, gewissermaßen aus einer Phantasiewelt, die nur noch auf Landkarten des vorigen Jahrhunderts sichtbar ist. Aber dies Gefühl der Fremdheit gegenüber dem verworrenen Völker- und Sprachengemisch jenseits des Kanals teilt sich auch dem hier residierenden deutschen „Gastarbeiter“ mit, vor allem wenn er schon, wie der Verfasser, gut ein Dutzend Jahre unter Briten lebt. Auch die Heimat sieht man genauer und eifersüchtiger. Der Aspekt Christenglaube und Kirche in Deutschland, der hier aus diesem Abstand ins Blickfeld gerückt werden soll, ist vielleicht, was die vergangene Dekade betrifft, nicht so vorzeigenswert wie in der Nachkriegsära mit ihren großen Namen wie etwa Dibelius, Lilje, Bultmann und von Rad. Er mag dennoch charakteristisch sein für das, was in den 70er Jahren in Deutschland passierte. Man ist ja versucht, die kirchliche Entwicklung in dieser Periode mit dem Ausruf zu kennzeichnen: Gott sei Dank, daß sie vorüber ist! Im folgenden will ich versuchen, vom nahen Ausland her einige Hintergründe aufzudecken, die diesen Eindruck erklären.

In England kam es erst ein Jahrzehnt später zu solchen kirchlichen Auflösungserscheinungen, wie sie in Deutschland schon gegen Ende der 60er Jahre erkennbar wurden: Die traditionellen Gottesdienstformen wurden in immer kürzeren Abständen verändert; an Vaterunser, Glaubensbekenntnis und Katechismus wurde herumgedoktert; die Orgel wurde nicht nur „elektronisiert“, sondern auch durch Gitarren und „bands“ ersetzt. „Jugendgottesdienste“ und „Beatmessen“ wurden Mode; neue Liedertexte nach

schmissigen Melodien und Rhythmen verdrängten das Gesangbuch; die Pfarrer, die jetzt auch weiblichen Geschlechts waren, mußten dialogfähig sein und ihre Verkündigung wurde zuweilen ersetzt durch eine Diskussion von „drei Männern ohne Talar“; das Sakrament erhielt „Liebesmahlarakter“ und wurde schließlich mancherorts in eine Fete mit knackigen Brötchen und Rotwein in Pappbechern umfunktionierte; beim Erntedankfest wurden bald statt Feld- und Gartenfrüchten nun Modellautos und andere zum Teil recht delikate Industriewaren beim Altar drapiert. Überhaupt wurde der Gottesdienst immer mehr zum Menschendienst. Der Sonntagmorgen wurde zu einem „Teach-in“ für Maßnahmen sozialer Diakonie. Schließlich kam es häufiger zu „Kirchenbesetzungen“ als Ausgangspunkt für Aktionen zur „Gesellschaftsveränderung“. Politische Agitation, die sich zwar „prophetische Verkündigung“ nannte, schien sich der kirchlichen Szenerie (vor allem im evangelischen Bereich) völlig bemächtigt zu haben. Pfarrer zogen jetzt im Talar auf die Straße bei Demonstrationen und Protestmärschen. Pfarrerskinder (vor allem auch -töchter!) beteiligten sich an umstürzlerischen Gewaltmaßnahmen und schließlich am kriminellen Bandenkrieg gegen die öffentliche Ordnung. Die Studentengemeinden waren fast zu außerparlamentarischen Linksparteien geworden, Pfarramtskandidaten entpuppten sich nach der Ordination als „rote Pfarrer“, die ihre Verkündigung auf publizierte Aussagen ihrer theologischen Lehrer stützten, wie etwa, daß „ein Christ nur noch Sozialist sein“ könne. Von da bis zur Farce des Hamburger Hauptpastors Paul Schulz, der auf der Kanzel bekannte, nicht an Gott zu glauben, war es denn nur noch ein kleiner Schritt. Vor solch totaler und aggressiver Politisierung räumten die – von Natur aus sanftmütigeren – Geister des Gemütes, der Barmherzigkeit und des zivilisierten Umgangs das Feld und beobachteten mit Kummer, wie durch die zunehmende Polarisierung in der Geistlichkeit – das Pendant einer politischen Fraktionsbildung – die Brüderlichkeit eines toleranten, humorvollen Aushaltens von Gegensätzen

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

August 1982

Evangelische Verantwortung

Heft 8/1982

Deutschland – Deine Kirche!

Ernst L. Schnellbächer

Nach einem langjährigen Dienst als Seelsorger an der Deutschen Lutherischen Kirche in Kingston upon Hull, England, kehrt Pastor Schnellbächer in diesem Jahr nach Deutschland zurück. Mit innerer Anteilnahme, aber auch mit einer durch die Distanz geschärften Sicht schildert er die Entwicklung der Evangelischen Kirche in unserem Lande in den letzten Jahren, wie er sie von „außen“ sah.

Die britischen Inseln gehören geographisch und kulturell gewiß zu Europa. Dennoch betrachtet man den „Kontinent“, wie man hier sagt, aus reservierter Distanz, gewissermaßen aus einer Phantasiewelt, die nur noch auf Landkarten des vorigen Jahrhunderts sichtbar ist. Aber dies Gefühl der Fremdheit gegenüber dem verworrenen Völker- und Sprachengemisch jenseits des Kanals teilt sich auch dem hier residierenden deutschen „Gastarbeiter“ mit, vor allem wenn er schon, wie der Verfasser, gut ein Dutzend Jahre unter Briten lebt. Auch die Heimat sieht man genauer und eifersüchtiger. Der Aspekt Christenglaube und Kirche in Deutschland, der hier aus diesem Abstand ins Blickfeld gerückt werden soll, ist vielleicht, was die vergangene Dekade betrifft, nicht so vorzeigenswert wie in der Nachkriegsära mit ihren großen Namen wie etwa Dibelius, Lilje, Bultmann und von Rad. Er mag dennoch charakteristisch sein für das, was in den 70er Jahren in Deutschland passierte. Man ist ja versucht, die kirchliche Entwicklung in dieser Periode mit dem Ausruf zu kennzeichnen: Gott sei Dank, daß sie vorüber ist! Im folgenden will ich versuchen, vom nahen Ausland her einige Hintergründe aufzudecken, die diesen Eindruck erklären.

In England kam es erst ein Jahrzehnt später zu solchen kirchlichen Auflösungserscheinungen, wie sie in Deutschland schon gegen Ende der 60er Jahre erkennbar wurden: Die traditionellen Gottesdienstformen wurden in immer kürzeren Abständen verändert; an Vaterunser, Glaubensbekenntnis und Katechismus wurde herumgedoktert; die Orgel wurde nicht nur „elektronisiert“, sondern auch durch Gitarren und „bands“ ersetzt. „Jugendgottesdienste“ und „Beatmessen“ wurden Mode; neue Liedertexte nach

schmissigen Melodien und Rhythmen verdrängten das Gesangbuch; die Pfarrer, die jetzt auch weiblichen Geschlechts waren, mußten dialogfähig sein und ihre Verkündigung wurde zuweilen ersetzt durch eine Diskussion von „drei Männern ohne Talar“; das Sakrament erhielt „Liebesmahlscharakter“ und wurde schließlich mancherorts in eine Fête mit knackigen Brötchen und Rotwein in Pappbechern umfunktionierte; beim Erntedankfest wurden bald statt Feld- und Gartenfrüchten nun Modellautos und andere zum Teil recht delikate Industriewaren beim Altar drapiert. Überhaupt wurde der Gottesdienst immer mehr zum Menschendienst. Der Sonntagmorgen wurde zu einem „Teach-in“ für Maßnahmen sozialer Diakonie. Schließlich kam es häufiger zu „Kirchenbesetzungen“ als Ausgangspunkt für Aktionen zur „Gesellschaftsveränderung“. Politische Agitation, die sich zwar „prophetische Verkündigung“ nannte, schien sich der kirchlichen Szenerie (vor allem im evangelischen Bereich) völlig bemächtigt zu haben. Pfarrer zogen jetzt im Talar auf die Straße bei Demonstrationen und Protestmärschen. Pfarrerskinder (vor allem auch -töchter!) beteiligten sich an umstürzlerischen Gewaltmaßnahmen und schließlich am kriminellen Bandenkrieg gegen die öffentliche Ordnung. Die Studentengemeinden waren fast zu außerparlamentarischen Linksparteien geworden, Pfarramtskandidaten entpuppten sich nach der Ordination als „rote Pfarrer“, die ihre Verkündigung auf publizierte Aussagen ihrer theologischen Lehrer stützten, wie etwa, daß „ein Christ nur noch Sozialist sein“ könne. Von da bis zur Farce des Hamburger Hauptpastors Paul Schulz, der auf der Kanzel bekannte, nicht an Gott zu glauben, war es denn nur noch ein kleiner Schritt. Vor solch totaler und aggressiver Politisierung räumten die – von Natur aus sanftmütigeren – Geister des Gemütes, der Barmherzigkeit und des zivilisierten Umgangs das Feld und beobachteten mit Kummer, wie durch die zunehmende Polarisierung in der Geistlichkeit – das Pendant einer politischen Fraktionsbildung – die Brüderlichkeit eines toleranten, humorvollen Aushaltens von Gegensätzen

zerstört, die Kirchenmusik in die liturgische Ecke gedrängt wurde, die Diakonen- und Diakonissenanstalten ohne Nachwuchs blieben und sich in den Pfarrhäusern die Giftpilze der Ehescheidung, der Homosexualität und des Zusammenlebens Unverheirateter einnisteten.

Wie konnte es nur zu solch einer verheerenden Entwicklung kommen, in deren Gefolge eine erschreckende Erosion der Frömmigkeit und eine allgemeine Schwindsucht des Geistes zu erwarten stand? Gewiß gab es Ursachen, die einer weltweiten Konstellation entsprangen. Dennoch scheint die deutsche Situation bezeichnenderweise wie ein Seismograph auf solche Erschütterungen zu reagieren, eben weil Deutschland im Schnittpunkt zweier historischer „Verwerfungslinien“ liegt: der katholisch-reformatorischen Scheidelinie einerseits und – seit 1945 – dem politisch-ideologischen Graben zwischen dem marxistisch-leninistischen Ostblock und der liberaldemokratischen freien Welt.

Das Umfeld solchen Schnittpunktes muß sich wohl notgedrungen politisieren, weil es ständig in der Schwebe gehalten wird von der Frage: Status quo oder Veränderung? Diese Frage, so scheint mir, war in den 60er Jahren an einem Punkt angelangt, wo eine Entscheidung in Richtung auf Veränderung in die eine oder die andere Richtung anstand; denn die weitere Entfaltung aller gesellschaftlich-kulturellen Kräfte wurde durch vernünftigen Regelungen nicht mehr zugängliche Blockierungen in beiden Bereichen gehemmt: Die Glaubensspaltung im Innern schien wegen des katholischen Anspruchs, die einzig wahre Kirche darzustellen, unüberbrückbar; die staatliche Trennung durch den „eisernen Vorhang“ schien wegen des Alleinvertretungsanspruchs des „freien“ Teils ebenso blockiert. Die Entwicklung in den 60er Jahren zeigt nun, daß sich eine Tür zu Veränderungen dort zuerst auftat, wo man es am wenigsten erwartet hatte:

1. Der politische Bereich: Am 13. August 1961 machte der von den Westmächten hingenommene Bau der Trennmauer in Berlin (und anschließend der verminte Trennstreifen durch ganz Deutschland) allen Hoffnungen auf eine Änderung in Richtung auf größere Freizügigkeit in Ostdeutschland bzw. Osteuropa ein Ende. Dieser Eindruck wurde durch die brutale Unterdrückung des „Prager Frühlings 1968“ bestätigt. Eine Folge dieser Abblockung war auch, daß die letzte zwischen Ost- und Westdeutschen noch bestehende organisatorische Gemeinsamkeit, nämlich in der Kirchenverwaltung, aufgegeben werden mußte.

2. Der kirchliche Bereich: Überraschenderweise kam es hier zu dramatischen Veränderungen. Ende 1961 konnten die Einheitsbemühungen auf nicht-katholischer Seite in der ökumenischen Bewegung einen mächtigen Durchbruch erzielen. Auf der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Neu Delhi war es zur Aufnahme des größten Teils der orthodoxen Christenheit (vor allem der russisch-orthodoxen Kirche) in die Mitgliedschaft gekommen. Dieser „Erfolg“ schien nun die römisch-katholische Kirche, die sich bisher der ökumenischen Bewegung strikt verschlossen hatte, zu veranlassen, ihre unbewegliche Position zu verlassen. Ihr neues Oberhaupt, Papst Johannes

XXIII, kündigte jetzt an, seine Kirche in einer Bewegung des „Aggiornamento“ an die modernen Zeitströmungen anpassen zu wollen. Dies geschah beim zweiten Vatikanischen Konzil von 1962–1965. Vor allem in Deutschland führte dies dazu, daß die Kräfte, die an Veränderung interessiert waren, nun plötzlich im kirchlichen Bereich eine Ansatzmöglichkeit sahen, um von hier aus vielleicht auch die politischen Ziele des „Gesellschaftswandels“ und des „Wandels durch Annäherung (an den marxistischen Ostblock)“ ins Auge zu fassen.

Auf evangelischer Seite war dieser Versuch einer politischen Veränderung von kirchlichem Boden aus inzwischen schon in Angriff genommen worden: Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlichte im Jahre 1965 eine Denkschrift über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. Trotz einer sich sofort entspannenden heftigen Debatte schien die Motivierung dieser „Ostdenkschrift“ von der zentralen biblischen Versöhnungsbotschaft her berechtigt, und es zeigte sich auch bald, daß die Dinge in Bewegung gerieten, wo vorher jahrelang eisiges Schweigen geherrscht hatte. Wie die katholische Kirche durch die Erfahrungen beim „Aggiornamento“, so wurde die evangelische Kirche hier durch wirkliche Ergebnisse ermuntert, eine quasi-politische Rolle zu spielen und in ein Gespräch einzutreten mit derjenigen Autorität hinter dem eisernen-unbeweglichen Osten, die selbst ein Kind der deutschen Geistesgeschichte ist, nämlich dem Marxismus (In der Ökumene begann dieses Gespräch gleichzeitig im Gefolge der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 in Genf, einem Quellort der „Befreiungstheologie“ und des „Antirassismusprogramms“).

Die Eigentümlichkeit dieses sich nun entfaltenden Gesprächs besteht darin, daß man mit Marxisten über das kirchliche Hauptthema (Gott und Gotteserkenntnis) nicht reden kann, weil das für die nicht existiert. Man mußte sich deshalb auf Menschen- und Weiterkenntnis konzentrieren. Und dabei ist eben das passiert, was in den 70er Jahren zu vorsehnlichen Folgerungen und einem Abrutschen in die eingangs geschilderten Zustände geführt hat: Man hat den „Menschen Jesus“ hervorgekehrt und seine Gottheit schamhaft versteckt und zuweilen schlicht vergessen. Irgendwann kam es dann zu dem fatalen Ausspruch, daß es jetzt nicht mehr (wie bei Luther) auf einen „gnädigen Gott“, sondern einen „gnädigen Nächsten“ ankomme. Es gehe auch nicht um „Bekehrung“ des Menschen und „Erlösung“ der Welt, sondern um „Bewußtseinsveränderung“ und „Strukturwandel“. Die Aufgabe der Kirche sei es, dazu hinzuführen durch „soziale“ oder „politische“ Diakonie bzw. „Gesellschaftsdiakonie“.

Damit hatte man, vielleicht unmerklich, die Grenze zwischen Staat und Kirche verwischt und die traditionelle Lehre von den zwei zu unterscheidenden Regierungsweisen Gottes (durch Strafandrohung mit dem Gesetz im Staat und durch barmherzige Liebe in der Kirche) aufgegeben. Auch folgte man längst dem marxistischen Grundsatz: Das Sein (also die Verhältnisse) bestimmt (und verändert) das Bewußtsein und nicht umgekehrt. Wenn man aber einmal akzeptiert, daß die Verhältnisse über Denken und

Motivation des Menschen entscheiden, dann kann man nicht mehr mit der Bibel einen Wandel unmenschlicher Verhältnisse durch Bekehrung der Menschen mit der Kraft des Wortes allein erhoffen; nein, dann muß man umgekehrt die Verhältnisse durch revolutionäre Gewalt oder durch raffinierte Macher (also Manipulation) so ändern, daß daraus das Glück der Menschen und ein paradiesischer Zustand der Gesellschaft resultiert. Gott und der Geist sind dabei nicht mehr nötig. Die Gottesdienste werden dann notwendigerweise zu „Demos“, die Predigten zu „Infos“ und die Theologie zur Humanwissenschaft, die Seelsorge zur Psycho- und Gruppentherapie, die Diakonie zur Sozialhilfe, der Kirchentag zum Markt der Möglichkeiten und die Mission zur Entwicklungshilfe bzw. zum Dienst in Übersee.

Vor allem wenn es funktioniert, mag sich solche Veränderung unmerklich für vertrauensselige Christen vollziehen. Jedoch sollten Synodale – also berufene Wächter der Kirche – Verdacht schöpfen, wenn eines Tages das Leninwort „Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser!“ allen Ernstes empfehlend zitiert wird. Spätestens dann sollte es bibelfesten Christen dämmern, daß eine Kurskorrektur erforderlich ist. Es ist deshalb gar nicht überraschend, daß zu solcher Korrektur – auf evangelischer Seite – am deutlichsten zuerst von jener Seite aufgerufen wurde, wo

man schon immer bibelfest gewesen ist, nämlich aus den oft so belächelten pietistischen Kreisen der Evangelikalen. Erstaunlich ist, daß man sogar von Staats wegen (sowohl Bundespräsident wie Bundeskanzler) die Kirche kürzlich ermahnen zu müssen glaubte, ihr Mandat nicht zu überziehen. Und schlicht erfreulich ist schließlich, daß nun von kirchenleitender Stelle selbst zugegeben wird, „daß die Kirche Fehler macht, daß sie einem zeitlichen Trend mehr folgt als es richtig ist ... daß der Schwerpunkt manchmal nicht mehr das Zeugnis von Christus ist, sondern die Veränderung der Kirche“ (Kirchenpräsident Hild, idea-spektrum 18/82, S. 16).

Eine Ära in der deutschen kirchlichen Situation neigt sich damit ihrem Ende zu, eine Ära heftiger Veränderungen und schmerzlicher Verunsicherung. Vieles ist von diesem Sturm aus seiner Verankerung gerissen worden, was wieder festgemacht werden muß. Es ist aber auch bei diesem Unwetter neues Land angeschwemmt worden, und zwar sowohl im Bereich zwischen den beiden Hauptkonfessionen als auch zwischen den beiden deutschen Staaten, deren Kirchen sich innerlich immer noch als ein und dieselbe wissen. Dieses Terrain gilt es nun mit vereinten Kräften, also geistlich wie politisch, festzuhalten und zu beackern.

Kontroverse zwischen EAK und CSU-Bundestagsabgeordnetem

EAK weist Angriffe auf den Weltkirchenrat zurück

Roman Herzog

In einer Dokumentation des CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn „Für Frieden und Freiheit“ behauptet dieser, die evangelischen Kirchen in aller Welt seien Zielgruppen kommunistischer Infiltration. Unter anderem bezeichnet Huyn den Weltkirchenrat als Weltkirchensowjet und schreibt über den Generalsekretär des ÖRK Philip Potter, „der aus den Antillen stammende Marxist schwarzer Hautfarbe“ sei letzten Endes bereit, Chaos und Anarchie zu akzeptieren, falls dies zu den von ihm für richtig erachteten politischen Änderungen führen würde.

Diese maßlosen Angriffe haben der EAK-Bundesvorsitzende Prof. Herzog und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Landtagspräsident Albrecht Martin und Dr. Werner Dollinger, MdB scharf zurückgewiesen. In seinem letzten monatlichen Rundbrief an alle evangelischen Gemeindepfarrer geht Prof. Herzog ausführlich auf den Weltkirchenrat und die Angriffe von Graf Huyn ein.

Der Weltkirchenrat gerät immer wieder durch seine Haltung vor allem im Blick auf die sogenannten Befreiungsbewegungen in die Schlagzeilen. Wiederholt hat sich auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) sehr kontrovers mit der Genfer Leitung dieses 1949 in Amsterdam gegründeten Rates von heute knapp 300 Mitgliedskirchen aus allen Erdteilen beschäftigt. Vor allem ist es das „Anti-Rassismusprogramm“ – genauer gesagt der Sonderfonds zu diesem Programm – das nicht wenigen evangelischen Christen beschwerlich ist. Und im Mittelpunkt steht dabei immer wieder Generalsekretär Philip Potter.

Der (katholische) CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn hat im Mai eine sehr umfangreiche Arbeit unter dem Thema „Für Frie-

den in Freiheit“ der Öffentlichkeit vorgestellt. In den christlichen Nachrichtenagenturen, aber auch in Tageszeitungen, wurden einige Aussagen von Graf Huyn über den Weltkirchenrat besonders herausgestellt. Er charakterisiert den Generalsekretär als „der aus den Antillen stammende Marxist schwarzer Hautfarbe“ und den Weltkirchenrat als „Weltkirchensowjet“. Ich will

„Die Erkenntnis ging weltweit verloren und der Wille ist vielfach geschwächt, daß wir für die Freiheit, die wir lieben, und für den Frieden, den wir wollen, auch Opfer und Engagement aufbringen müssen.“

(Helmut Kohl)

Ihnen nicht verschweigen, daß mich diese beiden Formulierungen sehr betroffen gemacht haben. Nicht nur mich und meine Stellvertreter innerhalb des EAK, Dr. Werner Dollinger, MdB und Landtagspräsident Albrecht Martin, sondern auch zahlreiche Pfarrer. Gefreut habe ich mich, daß Sie mir sofort geschrieben haben, um Erläuterungen bitten. Das hat mir erneut gezeigt, daß Sie sich nicht auf Meldungen in der Presse allein verlassen, wenn es darum geht, unsere Position kennenzulernen und zu verstehen.

Ich habe Graf Huyn kurz nach seiner Veröffentlichung einen Brief geschrieben und u. a. folgendes zu bedenken gegeben: „Als Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU versuche ich seit Jahren, den bedenklichen Entwicklungen innerhalb der evangelischen Kirchen, die auch ich sehe, in aller Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Meine kritische Position zum Ökumenischen Rat der Kirchen und ganz besonders zum sogenannten Antirassismus-Programm ist wahrscheinlich auch Ihnen bekannt. In den Auseinandersetzungen dieser Art kann aber nach meinen Erfahrungen nur das nach allen Seiten beweisbare Argument hilfreich sein, und diese Voraussetzung erfüllen mindestens zwei Äußerungen in Ihrer Schrift nicht:

1. Ich habe gegen den Generalsekretär Philip Potter eine ganze Menge gravierender Einwendungen,

übrigens nicht nur als Unionspolitiker, sondern auch als Mitverantwortlicher in der EKD. Aber als Marxist ist er mir bisher nicht erschienen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben Sie mehr Informationen als ich, dann will ich meine Position ihm gegenüber gern vervollständigen. Oder Sie haben auch keine weitergehenden Informationen, dann ist Ihre Äußerung über ihn nicht aufrechtzuerhalten.

2. Auf keinen Fall geht es an, den Weltkirchenrat als „Weltkirchensowjet“ zu bezeichnen. Das ist er einfach nicht, so sehr man seine Politik in wichtigen Teilen ablehnen mag.

Und Herr Landtagspräsident Martin schrieb u. a. an Graf Huyn: „Man kann sehr kritisch sowohl dem Weltrat der Kirchen als auch seinem Generalsekretär gegenüberstehen – und das nehme ich für mich in Anspruch – aber sowohl die Formulierung „Der Weltkirchenrat wird zum Weltkirchensowjet“ als auch die Charakterisierung Potters, die ihn u. a. als Marxisten bezeichnet, sind unerträglich; sie sind unerträglich sowohl hinsichtlich des Stiles als auch inhaltlich – es sei denn, Sie legten dafür eindeutige Beweise vor. Sollten Sie dazu nicht in der Lage sein, so bitte ich Sie ebenso dringend wie herzlich, sich in entsprechender Form zu entschuldigen.“

Gerade wenn man innerhalb der evangelischen Kirche sich ständig bemüht, auf klare Trennung gegenüber der sowjetischen Ideologie zu drängen, weiß man, daß diese geistige Auseinandersetzung sehr viel differenziertere Argumente erfordert, als sie in Ihrer „Dokumentation“ geleistet wird. Eine Dokumentation sollte jedenfalls sich von neuen Diffamierungen fernhalten und vorgetragene Behauptungen quellenmäßig eindeutig belegen.“

Soweit aus unseren beiden Briefen an Herrn Graf Huyn. Inzwischen hat er mir sehr ausführlich geantwortet und mir versichert, daß er die beiden besonders schmerzlichen Stellen ändern will und darauf hingewiesen, daß es ihm ferngelegen habe, durch die Bezeichnung „schwarzer Hautfarbe“ rassistische Anspielungen zu machen. Er will die Charakterisierung Potters ändern in „der aus den Antillen stammende Methodist schwarzer Hautfarbe Philip Potter, General-

sekretär des Weltkirchenrates, der sich durch einseitige Förderung des Marxismus-Leninismus zum Werkzeug sowjetischer Machtpolitik macht“ und ferner die Formulierung „der Weltkirchenrat wird zum Weltkirchensowjet“ ändern in: „Der Weltkirchenrat wurde zum bloßen politischen Kampfinstrument, zum Weltkirchensowjet“.

Ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß mit diesen Änderungen das eigentliche Problem nicht aus der Welt geschafft ist. Da ich Ihnen ge-

Unsere Autoren:

Innenminister
Prof. Dr. Roman Herzog, MdL
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Pastor Ernst L. Schnellbächer, M. Phil.
65 Cottingham Road
Kingston upon Hull
England

Prof. Dr. theol. Reinhard Slenczka
Spardorfer Straße 47
8520 Erlangen

genüber aus meinem Herzen keine Mördergrube mache, soll es klar gesagt sein: So kann über den Weltrat der Kirchen nicht politisch diskutiert werden. Lassen Sie mich deshalb noch ein paar Sätze von Albrecht Martin zitieren, die aus einem Brief von ihm an den Bundesvorsitzenden der „Konservativen Aktion“, Ludek Pachmann, zur gleichen Sache stammen:

„Die geistige Auseinandersetzung, die ich ebenso wie Sie nachdrücklich fordere, wäre sehr viel leichter zu führen, wenn es sich hier tatsächlich um „marxistische Unterwanderung der Kirchen“ handelte. Es ist vielmehr so, daß bestimmte theologische Strömungen, die in ihrem Ansatz keineswegs marxistisch sind, in der Umsetzung in die Praxis zu einer Annäherung an marxistische Positionen führen können. Solchen Entwicklungen kann man nicht dadurch entgegen treten, daß man sie mit dem Marxismus schlechthin identifiziert. Ich will gerne einräumen, daß es einer recht intimen Kenntnis der theologischen Entwicklung innerhalb der Evangelischen Kirchen bedarf, um so differenzieren zu können. Aber nur wo so differenziert wird, ist die geistige Auseinandersetzung noch möglich.“

Aus dem Inhalt

Deutschland – Deine Kirche!	1
Ernst L. Schnellbächer	
Kontroverse zwischen EAK	3
und CSU-Bundestagsabgeordnetem	
EAK weist Angriffe auf den	
Weltkirchenrat zurück	
Roman Herzog	
Vorträge der 25. Bundestagung	
des Evangelischen Arbeitskreises	
Christen wissen:	
Wir haben eine Zukunft	
Reinhard Slenczka	5
Roman Herzog	10
Aus unserer Arbeit	15
Kurz notiert	16
Buchbesprechung	16

Die in der letzten Ausgabe der Evangelischen Verantwortung begonnene Veröffentlichung der Vorträge der 25. Bundestagung setzen wir in diesem Heft fort mit den Vorträgen des Erlanger Theologen Prof. Dr. Reinhard Slenczka und des EAK-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Roman Herzog.

Christen wissen: Wir haben eine Zukunft

Reinhard Slenczka

I. Die Situation

„Die Zukunft wird wegen mangelnder Beteiligung abgesagt“ – das ist eine Parole, mit schwarzer Farbe an einen Bauzaun gesprüht, die mir jedesmal auf meinem Weg zur Vorlesung in die Augen fällt. Daneben – der Bauzaun ist ziemlich groß – steht noch eine ganze Reihe von ähnlichen Äußerungen, die in verschiedenen Formulierungen und Farben, mal schwarz mal rot, immer dasselbe ausdrücken: Protest gegen das Bestehende in der Gegenwart, Angst vor dem Kommenden in der Zukunft. Die Farbsprühdose ist zu einem Mittel öffentlicher Bekenntnisse geworden. Die Bekenner selbst bleiben namenlos im Hintergrund; denn die Anklage wegen Sachbeschädigung kann teuer kommen.

Was landauf landab unsere Städte, die Wände von Universitäten und Schulen verunziert, daß man schon meist gleichgültig daran vorübergeht, sind Zeichen für eine verbreitete Stimmung unserer Zeit. „No future“ – „keine Zukunft“, so begegnet dieses Zeitgefühl in knappster Zusammenfassung auf Plaketten, schwarz auf weiß.

Jeder von uns weiß, was hinter solchen Äußerungen steht, auch wenn nicht nur die Parolen, sondern weithin die Sachverhalte, von denen sie ausgehen und auf die sie hinweisen, zu abgegriffenen Schlagworten geworden sind. Kaum noch werden Zustände und Vorgänge beschrieben, vielmehr geht es um Gefühle oder, wie es in bezeichnender Mehrzahl heißt: um Ängste. Kaum nötig, solche Schlagworte aufzuführen: Krieg, Atomenergie, Dritte Welt, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung.

Diese Zeitstimmung ist keineswegs auf die jüngere Generation beschränkt, die sich mit Farbe, Spruchbändern und gemeinsam skandierten Losungen laut und öffentlich äußern kann. Das Gefühl einer Ausichtslosigkeit im Blick auf die Zukunft ist auch unter der älteren Generation verbreitet, oft in überraschender Heftigkeit.

„No future“ – das ist ein Ausdruck von Sorge und Angst. Sorge und Angst haben vor allem zwei Kennzeichen. Das eine betrifft die Wirkungen. Sie überfallen den Menschen und beherrschen ihn. Sie sitzen nicht im Kopf, sondern im Herzen und damit im Lebenszentrum. Sorge und Angst wirken ansteckend, sind geradezu epidemisch. Das andere Kennzeichen betrifft den Gegenstand. Sorge und Angst sind immer auf die Zukünftigen gerichtet. Man hat Angst vor etwas, das kommen kann, selbst wenn es noch nicht

gekommen ist. Man hat Sorge, etwas nicht oder nicht mehr zu haben, was man gegenwärtig noch besitzt. So unterscheidet sich Sorge und Angst auch vom Schmerz, der den wirklichen Verlust begleitet und Ausdruck unmittelbaren Leidens ist. Und vermutlich ist dann auch dies bezeichnend für unsere Lage: Die unmittelbare Not im Verlust oder Leiden ist in der Regel offen für Hoffnung. Die Angst und die Sorge vor einem Verlust jedoch drückt sich meist in lähmender Hoffnungslosigkeit aus. Sind daher nicht Angst und Sorge gegenüber der Zukunft Symptome einer Gesellschaft, die doch unbestreitbar auch heute noch an der Spitze des Wohlstandes in der Welt steht?

Gewiß hat eine solche Diagnose keine heilende und helfende Wirkung. Vielleicht erhebt sich dagegen sogar energischer Protest, und zwar deshalb, weil es scheint, daß mit einer solchen Behauptung die Erfahrungen und Empfindungen heutiger Menschen nicht respektiert werden. „Ängste“ sind nun einmal Realitäten, allein indem sie Menschen überfallen und beherrschen. Wer sie als Symptome einer Wohlstandsgesellschaft erklärt, dem wird man unter Umständen sogleich entgegenhalten, daß darin noch gerade das Krankmachende der bestehenden Verhältnisse zum Ausdruck kommt. Solche Einwände brauchen meine These nicht zu widerlegen, die Konsequenzen bleiben dieselben.

Unsere Zeit ist voll von Auseinandersetzungen, die sich zwar immer neu an verschiedenen Gegenständen entzünden mögen, im Grunde aber immer von derselben Zukunftsangst bestimmt sind. Viele Einzelfälle ließen sich aufzählen, doch das Grundsätzliche, wie es gerade auch die christliche Gemeinde bewegt, kann kaum noch schärfer herausgestellt werden, wie es auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg im Juni 1981 geschah. Da stand auf der einen Seite die Losung des Kirchentages: „Fürchte dich nicht!“ Das Wort aus dem Propheten Jesaja (41, 10) heißt vollständig: „Fürchte dich nicht, ich bin bei dir. Weiche nicht, denn ich bin dein Gott. Ich stärke dich, ich helfe dir auch, ich halte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit.“ Die meisten von uns werden das ja immer mit der Musik der bekannten Bach-Motette hören. Das ist Wort Gottes in direkter Anrede an sein Volk Israel, das klein, unscheinbar und hilflos den Großmächten jener Zeit ausgeliefert war.

Gegen diese Losung des Kirchentages richtete sich die lautstark verbreitete Parole: „Fürchtet euch! Der

Atomtod bedroht uns alle!“ Damit wurde die Aufforderung verbunden: „Wehrt euch!“

Mit diesem Beispiel wird der entscheidende Gegensatz schlagartig deutlich: Glaube im Vertrauen auf die Zusage Gottes – Angst im Blick auf die Wirklichkeitserfahrung dieser Welt. Beim Kirchentag äußerte sich dieser spannungsvolle Gegensatz vor aller Öffentlichkeit in der christlichen Gemeinde. Aber es ist wohl ein Gegensatz, der nicht allein unter Menschen oder zwischen verschiedenen Gruppen, Generationen und Richtungen aufbricht; es ist doch wohl vielmehr ein Gegensatz, den jeder von uns in seinem eigenen Herzen trägt.

II. Zukunftserwartung als Glaubensentscheidung

In dieser hier kurz skizzierten Situation muß unser Thema provozierend wirken, vermutlich in ähnlicher Weise wie die Losung des Kirchentages: „Christen wissen: Wir haben eine Zukunft“.

Unausweichlich wird eine derartige Behauptung mit der Frage konfrontiert: Was tut ihr denn, damit wir eine Zukunft haben? Was kann die Kirche dazu beitragen, daß die Zukunft gesichert wird und die Probleme der Gegenwart bewältigt werden? Es gehört wohl auch zu den Zeichen der Zeit, daß einzelne Christen und ganze Kirchen sich auf solche Fragen festlegen lassen, um dann emsig Programme zu entwerfen und Aktionen einzuleiten, die der Zukunftssicherung dienen können, und sei es wenigstens symbolisch. Ebenso unausweichlich gerät aber die christliche Gemeinde damit in den Strom der allgemeinen Zeitstimmung, wird von ihm mitgerissen, um dann in immer neuen Äußerungen zu bekunden, daß wir nicht nur in unserer Zeit stehen, sondern auch für diese Zeit eintreten, daß wir die Ängste und Sorgen des heutigen Menschen wahrnehmen und uns mit ihnen solidarisieren. Wie aber sollen wir uns mit dem heutigen Menschen solidarisieren, der wir doch selbst sind? Wie sollen wir zu Ängsten und Sorgen im Blick auf die Zukunft etwas sagen, wo wir doch selbst unter deren Herrschaft stehen? Wie sollen wir etwas besonders sagen oder tun, wo wir doch mit denselben Mitteln wie jeder andere vor denselben Problemen stehen?

Gegenüber diesen und ähnlichen Fragen möchte ich hier mit aller Entschiedenheit behaupten: Es geht ja bei solchen Auseinandersetzungen keineswegs in erster Linie um die Frage, was sollen wir tun? – Vielmehr geht es um die Frage: Was glauben wir?

In einer sich als säkularisiert verstehenden Zeit und einer weltanschaulich scheinbar indifferenten Gesellschaft mag eine solche Behauptung Befremden auslösen. Doch wir werden begreifen müssen: Zukunft hat immer mit tiefgreifenden Glaubensentscheidungen und infolgedessen mit Glaubensgegensätzen zu tun.

Wir kommen aus einer weithin geschlossenen christlichen Tradition des Abendlandes und verbinden daher das Wort Gottes ausschließlich mit dem christlichen Glauben, vielleicht zusätzlich für viele noch belastet von manchen Verzerrungen, wie sie nun einmal eine solche Ausschließlichkeit begleiten. Daß es auch eine Konkurrenz von Glaubensweisen ge-

ben kann, ist uns wohl erst seit einigen Jahren wieder vor Augen geführt worden, wo die gewohnte Dominanz einer durch christliche Tradition geprägten Gesellschaft von aktiven, fremden, religiösen oder weltanschaulichen Gruppierungen in Frage gestellt wurde. Was für eine Volkskirche selbstverständliche oder gar lästige Gewohnheit zu sein schien, erwacht plötzlich als Bindung des Bewußtseins und bricht aus als scharfer Gegensatz im Zusammenleben, mag es sich nun um sogenannte Jugendreligionen, um Koranschulen oder ähnliches handeln. Einer selbstsicheren traditionell christlichen Gesellschaft wird damit vorgeführt, wie Religion nicht etwas Vorwissenschaftliches ist, sondern Existenzbestimmung, Bewußtseinsbindung, Lebensrichtung eines jeden Menschen. Und an solchen Vorgängen kann deutlich werden, daß es beim Glauben nun einmal nicht bloß darum geht, zu welcher Religionsgemeinschaft ich gehöre und wo ich meine Kirchensteuern entrichte. Vielmehr geht es um das, woran das Herz hängt und worauf ein Mensch sich verläßt. Glaube ist also nicht bloß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinschaft oder die Zustimmung zu bestimmten Sätzen. In der den meisten wohl bekannten Auslegung zum 1. Gebot im Großen Katechismus hat Luther die Lebenswirklichkeit des Glaubens einmal so ganz kurz und deutlich formuliert: „... Alleine das Vertrauen und Glauben des Herzens macht beide, Gott und Abgott. ... Woran du nun dein Herz hängst und worauf du dich verläßt, das ist eigentlich dein Gott.“ Wenn man dies recht bedenkt, ist es nicht die Frage, ob ein Mensch glaubt, wohl aber woran er glaubt. Und dieser Glaube ist dann Grundlage seiner Hoffnung, zugleich Maßstab seiner Angst. Denn das Gegenstück zum Glauben ist nicht das Wissen, sondern die Angst.

Der Glaube, so heißt es mit einem einprägsamen Bild im Hebräerbrief, ist der „Anker der Seele“ (Hebr. 6,19). Der Anker soll in Strömung, Wellen und Wind ein Schiff an seinem Standort festhalten. Ohne einen solchen Anker wird ein Schiff zum Spielball der Ängste.

III. Woran Christen glauben

Was wir von der Zukunft erwarten, entscheidet sich an dem, was wir glauben, was also Grund unserer Hoffnung und Maßstab unserer Furcht ist. Bevor ich aber den nächsten Schritt tue, möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, was ich eingangs bereits gesagt habe. Die Gegensätze von Glaubenshoffnung und Zukunftsangst liegen nicht einfach zwischen verschiedenen Gruppen, auch nicht allein zwischen Christen und Nichtchristen, sondern zuerst immer in uns Christen selbst. Das ist, um es biblisch auszudrücken, der Gegensatz zwischen alten und neuen Menschen, zwischen Geist und Fleisch, zwischen Glauben und Anfechtung. Und in dieser Weise bestimmt er die Situation eines jeden von uns. Was aber ist nun der Grund dafür, daß wir als Christen auch in der heutigen Zeit behaupten können und dürfen: Wir haben eine Zukunft? Was ist der Grund dafür, daß wir das selbst dann sagen können und sollen, wo auch uns die Zukunftsangst nicht nur in den Ohren klingt und in die Augen fällt, sondern im eigenen Herzen keimt?

Wo Bekenntnisse vieler Art in der Öffentlichkeit gefordert und abgegeben werden, ist es wichtig, in entsprechender Klarheit zu sagen, was der Inhalt des christlichen Bekenntnisses ist, auf den allein dieser Satz sich stützen kann: Wir haben eine Zukunft.

Das läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Als christliche Gemeinde sprechen wir in unserem Bekenntnis nicht von der Zukunft, sondern von dem Zukünftigen. Denn wir erwarten die Wiederkunft unseres Herrn Jesus Christus, der gekreuzigt wurde und auferstanden ist.

2. Von unserem Herrn, den wir als den Zukünftigen erwarten, bekennen wir, daß er „sitzt zur Rechten Gottes, des allmächtigen Vaters, von dort wird er kommen zu richten die Lebenden und die Toten.“

3. Aus dem, was Jesus Christus ist und getan hat, empfangen und erwarten wir „Vergebung der Sünden, Auferstehung der Toten und das ewige Leben“.

Wir kennen das alles und sprechen es in der christlichen Gemeinde jeden Sonntag gemeinsam im Gottesdienst. Es verbindet so auch evangelische und katholische Christen. Und von diesem Bekenntnis gilt (Röm. 10,9), daß der Mund bekennet, was das Herz glaubt. Wir wissen und erfahren aber auch, daß dieses Bekenntnis keineswegs nur aus dem Brustton tiefster Überzeugung gesprochen wird, sondern oft genug auch in höchster Anfechtung, gerade auch dort, wo so viele andere Bekenntnisse von dem, was man in der Zukunft fürchtet, sich bemerkbar machen und uns auf der Seele liegen.

Ein Bekenntnis bildet Gemeinschaft, es zieht aber auch Grenzen. Im Widerspruch der zahlreichen Bekenntnisse von Hoffnungen und Ängsten für die Zukunft ist es gut, einmal zu bekennen, in welcher Weise vom christlichen Bekenntnis her die Zukunft erschlossen und damit zugleich anderes von Zukunftsängsten ausgeschlossen wird.

Gehen wir die drei genannten Punkte noch einmal kurz durch.

1. Mit der Wiederkunft ihres Herrn erwartet die christliche Gemeinde *das Ende dieser Welt*.

Das mögliche Ende dieser Welt aber ist für uns heute eine Vorstellung, in der sämtliche Sorgen vor der Zukunft zusammengefaßt sind. Daß die Zukunft wegen mangelnder Beteiligung abgesagt wird, heißt doch letzten Endes, daß der Mensch seine Existenzgrundlage nicht nur verliert, sondern daß er sie selbst zerstören könnte. Wir denken dabei heute ja nicht an unabsehbare Naturkatastrophen, sondern an absehbaren menschlichen Wahnsinn, Kurzsichtigkeit und Verantwortungslosigkeit.

Radikal, das heißt an die Wurzeln greifend, werden Auseinandersetzungen um die Gestaltung menschlicher Lebensbedingungen jeweils in dem Augenblick, wo es um Tod und Leben, um Heil und Unheil zu gehen scheint. *Radikal* ist ein Mensch, wenn er berechnen kann, was möglich und was unmöglich ist. *Radikal* wird der Mensch, wenn es um sein Sein oder Nichtsein geht. Es ist diese an die Wurzeln der Existenz greifende Angst vor einem selbstverschuldeten Ende der Welt, die dem christlichen Glauben gegenübertritt und ihm widerspricht – um uns und in uns.

Demgegenüber hören wir als christliche Gemeinde das Wort unseres Herrn: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende“ (Matth. 28,20). Uns wird damit gesagt, daß es nichts in dieser Welt gibt, was den erklärten Willen Gottes aufheben könnte. Nicht nur der Anfang, sondern auch das Ende der Welt ist in Gottes Hand. Wenn dies der christlichen Gemeinde zugesagt ist, dann weiß sie von der Zukunft der Welt auch, daß nicht wir diese Welt zu erhalten haben, sondern daß dies Gottes Wille und Tat ist. Die Aufgabe des Menschen ist nicht die Erhaltung, sondern die Verwaltung der Welt in vernünftiger Verantwortung, allerdings auch in den Grenzen der jeweils vorhandenen Möglichkeiten.

Wo wir aber nicht mehr wissen, daß Gott Herr über Anfang und Ende der Welt ist, fällt unvermeidlich die ganze Last der Welterhaltung auf den Menschen zurück. Er muß dann zwangsläufig radikal werden, weil er in diesem Glauben lebt, daß er die Welt erhalten müsse.

2. Als christliche Gemeinde erwarten wir die Wiederkunft unseres Herrn zum *Gericht über Lebende und Tote*.

Wir wissen alle, mit welcher Zurückhaltung vom Endgericht heute in der christlichen Gemeinde gesprochen wird, soweit das überhaupt noch geschieht. Allerdings heißt Evangelium: Rettung des Sünders aus dem kommenden Gericht über alle Welt, verbunden mit dem Ruf „Tut Buße“. Gerade also im Blick auf das Endgericht erweist sich das Evangelium als die frohe, befreiende Botschaft, die zur Umkehr und zum Empfang der Vergebung durch Jesus Christus ruft. Evangelium heißt also niemals Zufriedenheit in dieser Welt, sondern Rettung aus dem Gericht über diese dem Gericht verfallene Welt. Während wir aber nun als christliche Gemeinde oft zaghaft vom Gericht Gottes wie es das Wort Gottes uns ansagt schweigen, weil wir fürchten, mißverstanden oder gar abgelehnt zu werden, ist in aller Öffentlichkeit ständig von Gericht die Rede und wird die Verurteilung von solchen vollzogen, bei denen man die Schuld an einem drohenden Weltuntergang sucht.

Krise heißt wörtlich Gericht, und zwar verbunden mit der Entscheidung zwischen Tod und Leben. Die Radikalisierung gesellschaftlicher und politischer Konflikte setzt genau dort ein, wo mit der Beschwörung von Letztentscheidungen Menschenmassen in Bewegung gesetzt werden. Und es ist wohl unvermeidlich, wenn das Endgericht nicht mehr in Gottes Hand gesehen wird, dann kommt es in die Hände von Menschen. Wenn die Rettung aus dem Gericht am Ende der Zeit nicht mehr verkündigt wird, dann wird eine Rettung durch den Vollzug des Gerichts in dieser Zeit erwartet. Das ist eine bittere Gesetzmäßigkeit, die ja auch die christliche Kirche aus ihrer eigenen Geschichte nur zu gut kennt, wo immer sie den Grund ihrer Hoffnung verleugnet hat.

3. Schließlich empfängt und erwartet die christliche Gemeinde von ihrem Herrn *Vergebung der Sünden, Auferstehung der Toten und ein ewiges Leben*.

Auch dies tritt in den Gegensatz zu anderen Bekenntnissen und Zukunftserwartungen. Denn Vergebung der Sünden heißt, daß der Gegensatz von Guten und Bösen noch nicht mit der endgültigen

Scheidung gleichzusetzen ist, solange der Ruf zur Umkehr und Vergebung ergeht. Auferstehung der Toten heißt, daß der Tod nicht die endgültige Grenze ist, in der sich unser Leben erfüllt und gegenüber der wir unser Leben ständig behaupten müssen. Ewiges Leben heißt, daß es ein anderes, neues Leben gibt, das das letzte Ziel unserer Zukunftshoffnung im christlichen Glauben ist.

Mit diesen drei Punkten wird allen Vorstellungen eine Absage erteilt, die eine endgültige Vollendung der Welt durch eine radikale Scheidung zwischen Guten und Bösen in dieser Zeit erwarten oder gar durchsetzen wollen.

IV. Leben aus erschlossener Zukunft

Der Glaube ist die Grundlage, von der aus wir *die Welt verstehen*. Er ist zugleich die Grundlage, auf der wir *die Welt bestehen*. Das ist etwas anderes als jene landläufige Auffassung, nach der es immer nur darum gehen soll, den Glauben aus der Welt zu verstehen, in der wir leben. Freilich sind solche Grundlagen nicht frei wählbar, und wie bei den Fundamenten eines Hauses kann man sie auch nicht auswechseln, ohne daß das Haus zusammenbricht. Hat man dies begriffen, dann ist es auch viel zu wenig, den christlichen Glauben lediglich als Tradition aus der Vergangenheit in die Gegenwart zu vermitteln oder ihn als eine Theorie anzusehen, die in Praxis umzusetzen wäre oder als eine Motivation, die sich im Handeln bewährt. In dieser vordergründigen Weise wird es niemals einen Praxisausweis des christlichen Glaubens geben können. Vielmehr wird der Glaube dann den allgemeinen Hoffnungen und Ängsten vor der Zukunft ausgeliefert und verliert seine unterscheidenden Merkmale. Er ist dann nicht mehr Anker, sondern ein Schiff ohne Steuer. Infolgedessen kann der christliche Glaube auch nicht einem verbreiteten Pessimismus einen empfehlenswerten Optimismus gegenüberstellen. Solchen Stimmungswechseln aus Erfahrung sind auch Christen ausgesetzt.

Das Entscheidende ist vielmehr, daß der christliche Glaube an die Zukunft Jesu Christi gebunden und von ihr getragen ist. Von hier aus weiß er zu unterscheiden zwischen dem, was Gottes Sache und was Sache der Menschen ist; er weiß auch zu unterscheiden zwischen dem, was letzte Dinge und was vorletzte Dinge sind. Denn Leben im christlichen Glauben heißt Leben aus einer geschlossenen Zukunft. Unter diesem Leitsatz möchte ich zu zeigen versuchen, was das für das Leben des Christen in der Gegenwart bedeutet.

Zunächst einmal kann es niemals darum gehen, daß der Glaube oder die Glaubenden die Welt zu verändern hätten. Die christliche Zukunftshoffnung sagt vielmehr: „Wir warten aber eines neuen Himmels und einer neuen Erde nach seiner Verheißung, in welcher Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petr. 3,13). Dieses Reich der Gerechtigkeit in der Wiederkunft Christi jedoch wird nicht von uns bereitet, wohl aber sollen wir uns darauf vorbereiten.

Die Vorstellung aber, das Reich müsse durch menschliches Handeln in dieser Welt verwirklicht und durchgesetzt werden, steht nicht nur neben der

christlichen Gemeinde, sondern bricht auch immer wieder in ihr auf. Es ist der Gedanke, von dem Karl Popper einmal gesagt hat: „Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle“. (Mannheimer Forum 1975/76, S. 8). Wir können es auch so sagen: Wenn der Mensch an dieser Stelle das endgültige Handeln Gottes beansprucht, richtet er sich selbst und seinesgleichen zugrunde.

Nun ist in letzter Zeit immer wieder erörtert worden, ob man mit der *Bergpredigt*, die ja eine Reichs-Gottes-Ethik darstellt, Politik machen könne, wo sie doch für das Handeln des Menschen in dieser Welt gilt. Das ist ein Thema, das vermutlich jedem Christen auch ein schlechtes Gewissen bereitet. Ein Nein als Antwort würde heißen, daß für einen wichtigen Bereich unseres Lebens ein wesentlicher Bestandteil der biblischen Grundlage unseres Glaubens aufgehoben würde. Ein Ja hingegen würde heißen, daß notwendige Grundbedingungen staatlichen Handelns und wohl auch wirtschaftlicher Entscheidungen aufgehoben würden. Seit Max Weber spricht man an dieser Stelle von dem Unterschied oder gar Gegensatz zwischen einer Gesinnungs- und einer Verantwortungsethik, wo im ersten Fall die Prinzipien, im zweiten aber die Konsequenzen zu bedenken sind.

Ich meine, es ist heilsam für uns als christliche Gemeinde, daß wir in dieser öffentlichen Diskussion überhaupt wieder einmal an die Unbedingtheit des Gebotes unseres Herrn erinnert werden, der nicht gekommen ist, das Gesetz über die Propheten aufzulösen, sondern zu erfüllen (Matth. 5,17). Wir können das auch zum Anlaß nehmen, die ganze Bergpredigt vom 5. bis zum 7. Kapitel des Matthäusevangeliums wieder einmal zu studieren. Wir könnten fragen, ob wir überhaupt noch in der Gemeinde in zureichender Weise unseren Kindern das Gebot Gottes einprägen, damit sie es für ihr ganzes Leben ins Herz aufnehmen. Denn bevor diese Gebote als Forderung an die Öffentlichkeit gerichtet werden, sind sie doch zuerst ein Spiegel für die christliche Gemeinde selbst und das, was wir, jeder einzelne, tun und sagen. Ist denn das Verbot, dem Bruder zu zürnen oder ihn zu beschimpfen, eine unerfüllbare Forderung, so oft wir es auch übertreten? Ist die Unverbrüchlichkeit der Ehe eine unerfüllbare Forderung für Christen, zumal auch für Pfarrer und Theologieprofessoren? Es geht dabei nicht darum, schmerzliche Wunden aufzureißen, die wir unter Umständen durch ein Engagement in anderer Richtung zu verdecken versuchen. Vielmehr zeigen die Gebote der Bergpredigt, daß an solchen Stellen Zukunft verspielt wird, und zwar zeitlich und ewig. Das gilt sowohl für denjenigen, der diese Gebote übertritt, wie auch für diejenigen, die das Amt zu reden haben und doch schweigen oder sich in unverbindliche Unklarheit flüchten. Denn wo die Übertretungen nicht erkannt und bekannt werden, dort kann auch nicht mehr die Vergebung gesucht und erteilt werden.

Mich bewegt die Sorge, daß wir heute in der christlichen Gemeinde sehr viele Forderungen und Programme im politischen und sozialen Bereich mit großem Gewicht öffentlich vertreten, während wir gleichzeitig die elementaren Regeln christlicher Lebensführung verspielt haben, nämlich das *Gebot*, das *Gebet* und den *Glauben*.

Christen aber sollten wissen, daß es bei den unveränderlichen Geboten Gottes, wie sie uns in der Heiligen Schrift bezeugt sind, nicht um Erfolge, sondern um das Heil geht, nicht um die Strafe, sondern um die Rettung.

Wenn wir das in der Diskussion um die Bergpredigt erst einmal bedacht haben, dann können wir auch das andere mit entsprechender Klarheit sagen: Bei der Geltung der Bergpredigt geht es nicht um eine christliche Politik, wohl aber um den christlichen Politiker und den Christen in der Politik.

Politik machen heißt nichts anderes, als dem Bösen zu wehren und das Gute zu fördern in den Grenzen der jeweiligen Möglichkeiten und mit den Mitteln gesetzlicher Macht. Das ist eine ebenso wichtige wie vorläufige Aufgabe, die in dieser Zeit niemals zu ihrem Ende kommt, sondern erst am Ende der Zeit, wenn Sünde und Tod endgültig besiegt sein werden. Dabei sollte sich auch die christliche Gemeinde wieder einmal daran erinnern lassen, daß die an Gesetze gebundene staatliche Macht – auch in dem Zusammenspiel von Regierung und Opposition – von Gott ist, im Dienst Gottes steht und damit vor allem auch *unter Gott* steht. Die Diktatur beginnt stets dort, wo die Macht nicht mehr als übertragen gesehen wird und anvertraut auf Zeit, sondern wo sie sich verselbständigt zu einer endgültigen und ewigen Größe, die jeder haben will, um sie dann mit allen Mitteln auch gegen jeden durchzusetzen.

Es ist verantwortungslos und verhängnisvoll, wenn gerade auch in der christlichen Gemeinde jede Macht diffamiert wird und ständig nur gegen die Mächtigen, doch selten für sie gebetet wird. Sollten wir nicht vielmehr Gott dafür dankbar sein, daß wir in unserem Land eine gesetzlich geordnete staatliche Macht haben, was ja in dieser Weltzeit keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist. Daß wir Menschen haben, die diese Macht ausüben und dabei nur zu oft erfahren, wie machtlos sie sind.

Die verantwortliche Ausübung der gesetzlich geordneten und übertragenen Macht ist die Aufgabe des Politikers. Doch was ist der christliche Politiker? Bei den ständigen Debatten um ein politisches Mandat der Kirche, das heißt auch konkret: bestimmter kirchlicher Instanzen wie Synoden, Kammern, Ämtern und Amtsträgern, nicht zu vergessen die kirchliche Publizistik, haben wir weithin vergessen, daß doch bei uns mit aller Selbstverständlichkeit viele Christen Politiker sind und sein dürfen, was schließlich nicht immer und überall eine solche Selbstverständlichkeit ist. Gewiß bietet die Kirche mit ihrem großen gesellschaftlichen Ansehen und Einfluß eine beliebte Plattform für öffentliche Erklärungen und hat so auch manche Möglichkeiten, die es durchaus verantwortlich und sachgemäß zu nutzen gilt. Allerdings ist damit stets die Versuchung verbunden, auf sämtlichen Ebenen politischen Einfluß auszuüben, ohne daß man das Risiko des Politikers tragen muß, der abgewählt werden kann, wenn er seine Sache nicht recht macht, der vor allem auch verantwortlich ist für die Folgen seiner Entscheidungen. Man sollte auch das einmal bedenken.

Die Bergpredigt ist Reichs-Gottes-Ethik. Deshalb gilt sie unverbrüchlich denen, die zum Reich Gottes berufen sind. Deshalb stehen ihre Forderungen auch

unter dem Trost der Verheißung der Seligpreisungen, die ganz deutlich sagen, daß wir mit dem, was es hier zu tun gilt, nicht mit Erfolg, sondern mit Verfolgung rechnen müssen, daß wir nicht das Lob der Welt erwarten können, wohl aber den Lohn Gottes in einer neuen Welt. Man sollte dies jedoch nicht als Gesinnungsethik bezeichnen, die dann einer am Erfolg orientierten Verantwortungsethik gegenübergestellt wird. Denn durchaus hat die Ethik der Bergpredigt mit direktem Handeln zu tun, ja auch mit ernstesten Folgen, die durch die Worte Lohn im positiven, Strafe und Gericht im negativen Sinne angedeutet werden. Es ist eine *Zeugnis-Ethik*, deren Wirkung dann auch nicht als Veränderung bestehender Verhältnisse, auch nicht als Rettung vor selbstverschuldetem Untergang beschrieben wird, sondern mit den Bildern vom Salz der Erde, vom Licht der Welt und von der Stadt auf dem Berge. Das ist die Weise, wie die christliche Gemeinde in der Welt, auch in der heutigen Gesellschaft, wirken soll und wirken kann. Nicht mehrheitlich, durchaus aber exemplarisch und zeugniskräftig, wenn es recht geht.

Eine christliche Politik würde das Vorläufige zum Endgültigen machen. Vorläufigkeit im Politischen aber heißt, daß wir uns mit unserem Handeln immer noch in der Zeit vor der endgültigen Scheidung zwischen Gut und Böse befinden, mithin auch unter der vorläufigen Aufgabe stehen, das Böse mit den uns dafür zur Verfügung stehenden Mitteln zurückzuhalten. Die endgültige Scheidung und damit auch die endgültige Vernichtung des Bösen ist Gottes Sache.

Der christliche Politiker steht wie jeder andere Christ unter der Verheißung und in der Erwartung des kommenden Reiches Gottes. Darum kann und soll er auch in seinem Beruf wie jeder andere Christ in seinem Beruf Zeuge sein. Und wenn wir die Bergpredigt als Zeugnis-Ethik verstehen, weil sie ihren Grund in der Zukunft des Reiches Gottes hat, dann ist es gut, zum Schluß noch auf zwei Dinge aufmerksam zu machen, die in der Bergpredigt auf Seligpreisungen und Gebote folgen. In der öffentlichen Diskussion werden sie eigenartigerweise gar nicht berücksichtigt, wo sich alles immer um die Frage der Erfüllbarkeit und Nichterfüllbarkeit der Weisungen Jesu konzentriert. Auf die Gebote folgt ja in der Bergpredigt die *Anleitung zum Gebet*, in der Mitte das Vaterunser. Danach wird noch einmal ausdrücklich an die *Vergebung* erinnert, eine so wichtige Sache, die wir doch gerade bei unserem christlichen Zeugnis oft genug versäumen, wenn wir unserem Bruder und unserem Gegner vieles unter Umständen lebenslang nachtragen.

Dann folgen die Worte vom „Schätzesammeln und Sorgen“. Wir werden auf die Vergänglichkeit der Schätze und zugleich auf die Überflüssigkeit des Sorgens hingewiesen.

In beiden Themenkreisen, im Gebet wie in dem Wort „sorget nicht“ wird vollends *das besondere christliche Zeugnis der Bergpredigt* erkennbar, das sich auf die elementaren Bedürfnisse des alltäglichen Lebens bezieht: Essen und Kleidung, zusammengefaßt in dem Wort des Herrn: „Darum sorget nicht für den anderen Morgen, denn der morgende Tag wird für das Seine sorgen. Es ist genug, daß jeder Tag seine eigene Plage habe“ (Matth. 6,34).

Als allgemeine Lebensregel ist dieses Wort leicht dahingesagt, solange es einem gut geht. Es mag sogar als ein Zynismus erscheinen, vor dem mit guten Gründen auch ausdrücklich im Jakobusbrief gewarnt wird (Jak. 2,14 ff.), wenn das Wort dazu dienen soll, sich um tätige Verantwortung zu drücken. Die christliche Gemeinde aber weiß, daß sie deshalb nicht zu sorgen braucht in allen Sorgen, die sie befallen, weil sie eben gesagt bekommt: „Alle eure Sorgen werfet auf ihn; denn er sorgt für euch“ (1. Petr. 5,7). So geht es hier keineswegs um abgeschobene Sorge für andere, sondern um abgenommene Sorge durch Gott, und das geschieht im Gebet.

Im Gebet durch Gott abgenommene Sorge, das heißt zunächst einmal, daß wir im täglichen Dank uns die Augen öffnen lassen für das, was wir täglich und reichlich empfangen. Daß die Zukunftsangst Symptom einer Wohlstandsgesellschaft ist, dürfte gerade in der christlichen Gemeinde nicht zuletzt seine Ursache darin haben, daß wir unsere Situation immer nur an der Obergrenze des erreichbaren Wohlstandes bemessen, nicht aber an dem täglichen Brot, das wir täglich empfangen – und wie vieles darüber hinaus.

Aber auch was uns und vor allem was anderen fehlt, sollten wir in das Gebet als *Bitte und Fürbitte* aufnehmen. Unsere Gottesdienste brauchen nicht, wie es sich weithin eingebürgert hat und nicht nur in Predigten, sondern vor allem auch immer wieder in dem für die Fürbitte bestimmten allgemeinen Kirchengebet geschieht, zu einer sozialkritischen Protestveranstaltung zu werden als Spiegelbild einer um ihre Zukunft besorgten Wohlstandsgesellschaft. Die Fürbitte der christlichen Gemeinde ist keineswegs so aktuell wie die täglichen Nachrichten, sondern so

monoton wie die menschliche Geschichte. Denn die menschliche Sorge, ja auch das menschliche Entsetzen über das Böse in dieser Welt wird vor Gott gebracht, der in seiner Güte auch diese Welt von Guten und Bösen nicht nur erhält, sondern ihr in der Hingabe seines Sohnes seine rettende Liebestat verkünden läßt. Die christliche Gemeinde bittet für diese Welt, die Gott liebt und sucht, auch wo sie sich von ihm abgewandt und gegen ihn aufgelehnt hat. Darin ist die christliche Gemeinde unvertretbar.

Die Gemeinde kann alles aufgeben, oder, was ja durchaus auch in unserer Zeit vorkommt, es können ihr und ihren Gliedern sämtliche Möglichkeiten des öffentlichen Einflusses genommen werden; in diesem Punkt aber des Gebets und der Fürbitte darf sie nichts aufgeben und kann ihr auch nichts genommen werden.

Wenn wir so als christliche Gemeinde unter der Verheißung des kommenden Reiches Gottes in der Erwartung des Glaubens in dieser Welt leben, dann ist die Zukunft erschlossen, und wir sind frei für die Gegenwart. Dann ist nicht mehr radikaler Kampf nötig, wohl aber rationale Verantwortung möglich. Die Politik wird nicht zum Kreuzzug und die politische Auseinandersetzung nicht zur Ketzerverbrennung und Hexenjagd, wie es unvermeidlich in Geschichte und Gegenwart innerhalb und außerhalb der christlichen Gemeinde immer dann geschieht, wenn man meint, die Erhaltung der Welt und das Endgericht über alle Welt sei in unsere Hände gegeben.

Wenn wir so wissen und sagen: „Wir haben eine Zukunft“, dann ist das *aus unserem Glauben die Freiheit für die Gegenwart* und damit auch in allen vorläufigen Aufgaben und täglichen Sorgen.

Christen wissen: Wir haben eine Zukunft

Roman Herzog

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde des Evangelischen Arbeitskreises,

die Angst, die wirkliche Angst der Menschen, aber noch mehr das Gerede von ihrer Angst ist zu einem der ganz großen Themen unserer Jahre geworden. Angst ist modern geworden. Angst ist schick geworden. Man muß sich heute fast schon dafür entschuldigen, wenn man zugibt, keine Angst zu haben, oder vorsichtiger ausgedrückt: mehr Mut als Angst zu haben und mehr Optimismus als Pessimismus zu empfinden. Ich bekenne mich dazu, daß ich mehr Optimismus als Pessimismus auch in die vor uns liegende Periode hineintrage, und wir alle sollten uns dazu bekennen, nicht nur in dem sublimer Sinne, in dem uns Jesus Christus gesagt hat: „In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“ (Joh. 16,33), sondern auch für die konkrete geschichtliche Lage, in der unser Volk, unser Vaterland und das ganze Europa sich augenblicklich befinden.

Objektive Gefährdungen

Natürlich, es gibt objektive Gefährdungen, die wir nicht leugnen und schon gar nicht auf die leichte Schulter nehmen sollten. Ich will nur einige wenige nennen:

Zunächst natürlich die Bedrohung durch die atomare Rüstung, durch die Überrüstung, die auch wir nur als Wahnsinn bezeichnen können. Ich will in diesem Zusammenhang nicht noch einmal zur sogenannten Friedensfrage Stellung nehmen. Das habe ich oft genug getan. Aber lassen Sie mich doch wenigstens folgendes noch einmal kurz anmerken: Wir sind für eine nachdrückliche Abrüstung auf beiden Seiten, und uns wäre die sogenannte Null-Lösung am liebsten. Aber wir wissen auch: Die Kernwaffen der Vereinigten Staaten haben uns 35 Jahre lang unsere Freiheit gesichert, und deshalb können wir auf sie nicht von heute auf morgen, nicht ohne gleiche Abrüstung auf der Gegenseite, und schon gar nicht ohne einer Vervielfachung unserer konven-

tionellen Rüstung verzichten, so wie die Dinge augenblicklich liegen. In dieser Frage der konventionellen Rüstung wird manchmal sehr leichtfertig und leichtsinnig geredet. Es sind noch viele unter uns, und ich gehöre dazu, die einen „ganz gewöhnlichen“ konventionellen Krieg erlebt haben; auch dort sind die Dinge seither rüstungsmäßig und technisch nicht humaner geworden. Wir wissen ferner, was in der öffentlichen Diskussion oft überhaupt nicht überlegt wird: Das Wissen um die Herstellung von Kernwaffen ist in der Welt und kann auch durch restlose Vernichtung aller vorhandenen Kernwaffen nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Man kann heute einen normalen Physikstudenten drei oder vier Wochen in eine Bibliothek setzen, und dann hat er die Pläne für den Bau einer Kernwaffe wieder. Deshalb hat die restlose Vernichtung auch keinen Sinn, solange es keine – und wann käme das etwa zustande – Weltpolizei gibt, die mit dieser Frage fertig werden kann, vor allem mit dem Einsatz atomarer Waffen durch wildgewordene Mittel- und Kleinstaaten. Mit dieser Frage werden wir also leben müssen.

Aber der 35 Jahre währende Friede, den wir in Europa genießen durften und für dessen Ende es keinerlei Anhaltspunkte gibt, zeigt doch auch, daß es – zweifellos diskussions- und verbesserungsfähige – Wege gibt, mit einer solchen Bedrohung fertig zu werden. Das müssen wir immer wieder wiederholen, denn es ist in unserer politischen Umgebung in Vergessenheit geraten.

In aller Härte und Schärfe muß auch einmal gesagt werden: Die sogenannte Friedensbewegung, die uns so viel von der Angst der Menschen predigt, erzeugt doch auch Angst: Angst vor dem Verlust unserer Freiheit durch Parolen „Lieber rot als tot“, Angst davor, sich nur noch zwischen Sklaverei und Martyrium entscheiden zu können, wie uns die Irrlehre von der sozialen Verteidigung suggerieren will, Angst vor dem Untergang der Menschheitsidee in einem weiten Teil dieser Welt. Reden Sie mit den Menschen in unserem Lande und stellen Sie selbst fest, ob die Friedensbewegung mehr Angst artikuliert oder mehr Angst erzeugt. Was ich in diesen Monaten an Sympathie, gerade auch in kirchlichen Kreisen, für die CDU/CSU und ihren Evangelischen Arbeitskreis empfinde, von Leuten, die sich bei uns bisher nie haben sehen lassen, das zeigt deutlich, daß es gerade infolge dieser Entwicklung mehr Angst gibt als in manchen Zeitungen steht.

Ich will auch eine zweite Bedrohung in aller Offenheit ansprechen: die Bedrohung durch die Folgen unserer hohen Technisierung. Da gibt es ganzes Bündel von Detailproblemen, auf die ich hier nicht eingehen kann, aber einige will ich doch erwähnen, z. B. die Rohstofffrage. Sicherlich kann man es sich nicht so leicht machen, wie manche unserer Zukunftsapostel, die von zehn oder fünfzehn Rohstoffen das voraussichtliche Ende ihres Vorhandenseins feststellen, dann aus den so errechneten Zahlen das arithmetische Mittel errechnen und so auf den voraussichtlichen Untergang der abendländischen Zivilisation schließen, meistens, wie Erhard Eppler, unter dem warnenden Zusatz, das könne man alles nur noch durch größeren Sozialismus ändern. So einfach ist es nicht; aber so einfach, daß wir uns mit der

Rohstofffrage als einer Gefährdung unserer Situation und als einer moralischen Herausforderung nicht auseinanderzusetzen hätten, so einfach ist es auch nicht.

Es gibt eine weitere Frage: Wenn wir ehrlich sind, und das ist das allererste, was wir in der augenblicklichen Phase unserer Politik brauchen, dann müssen wir zugeben, daß eine weitere hohe Technisierung möglicherweise zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen führen kann. Aber wenn wir noch ehrlicher sind, dann wissen wir, daß wir ohne hohe Technisierung und bessere Technisierung wahrscheinlich überhaupt in der Welt nicht konkurrenzfähig sind, und dann gibt es in den Bereichen gar keine Arbeitsplätze mehr. Wir sollten uns auch diese Entscheidung nicht ganz so einfach machen, weder auf der konservativen wie auf der sogenannten progressiven Seite, wie es in der Diskussion bisher gelegentlich geschieht.

Und ich erwähne als drittes Problem: die Umweltfragen und die Umweltfolgen unserer Technisierung, die heute vor allem junge Menschen, und hier in einer interessanten und für mich bewegenden, ja erschütternden Übereinstimmung mit den ganz alten Menschen, mit den Großeltern, mit Recht umtreiben.

Dies alles will ich hier nur erwähnen und will hinzusetzen, daß diese Entwicklung auch ihre geistigen Folgen hat. In dieser Welt der Verwissenschaftlichung, in dieser Welt der hohen Technisierung wird die Welt insgesamt für den einzelnen Menschen immer unbegreiflicher, immer undurchschaubarer. Immer weniger Menschen wissen, auch an ihrem Arbeitsplatz – und das muß nicht nur das so oft zitierte Fließband sein – woran sie sich eigentlich beteiligen und was aus ihre Arbeit herauskommt. Immer weniger Menschen sind imstande, das, womit sie arbeiten und wofür sie arbeiten, wirklich zu verstehen. Und es ist kein Wunder, daß sich daraus eine gewaltige Unsicherheit der Menschen über den eigenen Stand in ihrer Welt ergibt. Dazu kommt etwas, was mich immer besonders erregt: Die Menschheit als Ganzes weiß immer mehr, und man hat den Eindruck, es gibt überhaupt nichts mehr, was die Menschheit noch nicht erforscht hat oder in kürzester Zeit erforschen könnte.

Mit dieser Wissenszunahme erfährt und lernt zwar auch der einzelne immer mehr, aber sein Anteil am Gesamtwissen wird von Jahr zu Jahr kleiner. Die Folge daraus ist das Gefühl der Abhängigkeit von anonymen Mächten. Standen frühere Generationen vor einer Krise, so konnten sie an göttliche Heimsuchung glauben. Heute sind die Dinge ganz anders. Heute muß man an das Versagen von Menschen glauben, muß man glauben, wenn richtig geforscht und richtige Politik gemacht worden wäre, hätte gar nichts passieren können. Es ist dieses Gefühl der Abhängigkeit von anonymen Mächten, das letzten Endes sehr wohl in Angst ausmünden kann.

Das Ende der ökonomischen Zuwachsraten

Lassen Sie mich noch eine weitere Gefährdung unserer Zeit auch mit ihren geistigen Folgen ansprechen: die Verringerung oder gar das Ende der ökonomischen Zuwachsraten, an die wir uns in den letzten Jahrzehnten als einen fast gesicherten Bestand unseres Lebens gewöhnt haben. Als objektives

Datum unserer Zukunftsgestaltung wäre, das kann man, zumindest wenn man ehrlich ist, ungeniert sagen, das Ende der Zuwachsraten, ja sogar ein leichtes Zurückgehen für uns in Deutschland ohne weiteres zu verkraften. Wenn ich wüßte, daß sich mein ganzes Leben, daß unser ganzes Volk für die Zeit dieser Generation auf dem Status von 1980 oder meinetwegen auf dem Status von 1970 fortleben könnten, was würde denn dann wirklich geschehen? Gar nichts! Ist es uns 1980 nicht gut gegangen? Ist es uns 1970 nicht gut gegangen? Und trotzdem entstehen auch aus dem Wissen und aus der Angst, daß die Zuwächse entweder wegbleiben oder sich jedenfalls in sehr beschränkten Grenzen halten werden, wiederum Angst und Unsicherheit. Der Grund dafür ist, daß das Wohlstandsgefühl der letzten 20, 25 Jahre nicht aus dem Status des Erreichten entsprungen ist, sondern daß er sich aus den Zuwachsraten gespeist hat, weil wir, und da waren wir alle miteinander verblendet, als Wohlstand gar nicht empfunden haben, was wir hatten, sondern, daß es jedes Jahr mehr geworden ist und wir uns immer noch bequemer einrichten konnten. Zwar halte ich es nicht für so schlimm, wenn das heute etwas anders wird; nur muß man sehen: Das ist eine Umbruchsituation, die vielen von unseren Mitbürgern Angst macht.

So weit in diesen ganz kursorischen Überlegungen die objektiven Gefährdungen, mit denen es unsere Zeit zu tun hat, und die wir, wenn nicht alles täuscht, auch unseren nächsten Nachkommen hinterlassen werden.

Aber machen wir uns nichts vor: Das ist noch lange nicht der ganze Befund! Schwierigkeiten von der Größe, wie wir sie haben, hatte eigentlich jede Generation vor uns zu bestehen. Und es ist, wenn man in die Geschichte zurückblickt, dabei völlig gleichgültig, ob sie aus den entsetzlichen Kriegsereignissen unserer Vergangenheit, aus weltweiten Seuchen, aus wirtschaftlichen Umwälzungen oder aus Industrialisierungsschüben entsprungen waren. Die Generationen vor uns sind damit fertig geworden, und man sollte daraus den Schluß ziehen, daß dann eigentlich auch wir und unsere Nachfolger mit den heutigen Schwierigkeiten fertig werden sollten. Gewiß: Manche von unseren Problemen sind völlig neuartig, begegnen uns zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit. Doch dafür hat diese Generation auch als erste in der Geschichte der Menschheit die wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Mittel, um auch mit außerordentlichen Problemen zurechtzukommen. Ich glaube beispielsweise, daß es keine Aufgabe des Umweltschutzes gibt, die sich nicht im Laufe weniger Jahre oder Jahrzehnte lösen und bewältigen ließe, und zwar mit unserer Technik, in unserer Wirtschaftsform und mit unseren staatsorganisatorischen Mitteln.

Die Frage, die sich viele von uns stellen, ist nur: Haben wir und haben unsere Kinder neben den Mitteln auch noch die innere Kraft und den unbeugsamen Willen, den Kampf um die Lösung dieser Probleme aufzunehmen und ihn – gehe es, wie es wolle – durchzustehen? Gibt es bei uns noch die Kraft, anzupacken und nicht auf andere, womöglich noch auf den Staat zu warten, der man doch selber ist? Gibt es noch die Freude, aus außerordentlichen

Begabungen auch außerordentliche Leistungen zu machen? Gibt es die Bereitschaft zur Härte gegen sich selbst, um Angst zu überwinden und auch Mißerfolge einzustecken? Gibt es noch die Bereitschaft, Verzicht zu leisten für eine bessere Zukunft? Mit einem Wort: Gibt es die alten Tugenden noch, die Europa einmal so groß und so leistungsstark gemacht haben?

Versäumnisse

Ich weiß, daß viele, auch viele hier im Saal, daran zweifeln. Und in der Tat: Wir haben zu viel über Bord gehen lassen von dem, was einmal die Kraft, die innere Kraft unseres Erdteils war. Widerstandskraft und Überlebenshilfe drohen heute vom Selbstmitleid überspült zu werden, Opferwille und menschliche Solidarität von der Hingabe an Luxus. Der Wille zur Leistung verfliegt in der Endlosigkeit des Diskutierens und des Räsonierens, und unser Christentum haben wir in einem herz- und mutlosen Materialismus und Rationalismus weitgehend über Bord gehen lassen.

Die Entwicklung, von der ich hier rede, ist nicht wie ein unabänderliches Schicksal über uns gekommen. Sie läßt sich durch die letzten Jahrzehnte exakt verfolgen und läßt sich darin zusammenfassen, daß in diesen Jahrzehnten alles madig gemacht werden konnte, was mit der scheinbaren Rationalität unseres Zeitalters, die nur noch messen, zählen und wägen wollte, nicht in Einklang stand, daß diesem Zeitalter der scheinbar exakte „naturwissenschaftliche“ Beweis auch in geistes- und in sozialwissenschaftlichen Bereichen alles war, und die Erfahrung – und sei es die Erfahrung von Jahrhunderten und vielen Generationen von Menschen – nichts bedeutete, und daß auf diese Weise alles, was mit überzeitlichen Werten und Wahrheiten zu tun hat, in einer Springflut von Spott und Ideologiekritik, von Desinteresse und Verständnislosigkeit unterzugehen drohte. Wir alle, damit meine ich nicht nur die CDU und nicht nur den Evangelischen Arbeitskreis, damit meine ich diese ganze Generation, wir hätten uns diese Diktatur der reinen Rationalität nicht gefallen lassen müssen.

Aber auch wir sind oft genug zu träge und zu mutlos gewesen gegen Rationalismus und Modernismus. Ich sage das Wort jetzt bewußt: Wir haben nicht genug widerstanden!

Wir hätten doch wissen können, daß völlige Bindungslosigkeit in völlige Orientierungslosigkeit führt und diese wieder in Hoffnungslosigkeit und in Angst – und trotzdem haben wir eine Ideologie der uneingeschränkten menschlichen Freiheit zugelassen!

Wir hätten doch wissen können, daß der junge Mensch zuallererst nicht ein Moped und einen Farbfernseher braucht, sondern die liebevolle Zuwendung seiner Eltern – aber trotzdem haben wir zugelassen, daß die erziehende Mutter nach sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Achtung total ins Abseits gestellt worden ist.

Wir hätten doch wissen können, daß es auch in der Schule nicht nur auf wissenschaftliche, sondern vor allem auf menschliche Qualitäten als Erzieher und Vorbild ankommt – aber in der Lehrerbildung, und da unterscheiden sich die CDU/CSU-regierten Länder

nur graduell von den SPD-regierten, haben wir uns genau umgekehrt verhalten!

Wir hätten doch wissen müssen, daß der junge Mensch oft sehnlichst erwartet, daß ihm auch Pflichten gezeigt und Grenzen gesetzt werden – und trotzdem ist der Unsinn der antiautoritären Erziehung und alles, was darum herum war, bei uns jahrelang mit einem Bierernst sondersgleichen diskutiert und auch noch praktiziert worden!

Und schließlich: Wir hätten doch wissen müssen, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt! Warum haben dann eigentlich auch wir so getan, als ob Zuwachs- und Exportraten, Lohnquoten und Gewinnquoten die einzigen Grundlagen und Gradmesser menschlichen Glücks und menschlicher Zufriedenheit seien? Heute, wo all diese schönen Blütenräume nicht mehr so ganz stimmen, ist die Verwunderung groß, daß die Jugend unserer Generation kritisch gegenübersteht. Aber abgesehen davon, daß jede junge Generation in der Menschheitsgeschichte der jeweils älteren Generation kritisch gegenüber gestanden und dann doch ihren Weg gefunden hat – ist es denn ein Wunder, daß diese junge Generation uns nicht mehr vertraut? Die einen, weil sich heute die Verheißung des sozialliberalen Schlaraffenlandes als Illusion, um nicht zu sagen als Lüge erwiesen hat, und die anderen, der bessere Teil dieser Jugend, weil sie besser als viele von uns begreifen, daß es auch jenseits des Zweitwagens, der Zweitwohnung und des Zweiturlaubs noch einen Sinn des menschlichen Lebens gibt, weil sie auf die Frage danach oft nur verlegene, oft nur halbe Antworten bekommen?

Umkehr

Aber täuschen wir uns nicht, die Irrlehren der 60er und 70er Jahre werden im Kern, wenn auch in anderer und vorsichtigerer Formulierung, weitervertreten, und was schlimmer ist, es wird auch nach ihnen noch gehandelt und geurteilt: die Irrlehre, daß der Staat alles kann und die Initiative des angeblich so freien und mündigen Bürgers eigentlich nur Mißtrauen in die Omnipotenz und die Leistungskraft des Staates verrät. Daß man ein Problem nur gesetzlich regeln und eine Behörde dafür zuständig machen muß, und schon ist das Problem gelöst. Daß das verständliche Gewinnstreben der Leistungskräftigen und Leistungsbereiten in Wirklichkeit sozial und womöglich auch noch ethisch fraglich ist, weil er sich nur über andere erheben will, und schließlich daß Staatsverschuldung höchstens eine Frage des Haushaltsausgleichs, also von ein paar Spezialisten, und nicht zuerst eine ganz entscheidende Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen ist.

Und es kommen ja täglich neue Irrlehren dazu, das wird man ohne Übertreibung sagen können. Ich erinnere nur an die Vorstellung, man könne die Arbeitslosigkeit am besten dadurch beseitigen, daß man zwei Millionen Arbeitnehmer kurzerhand vorzeitig in Rente setzt. Als ob nicht auch die Renten aus dem gleichen Sozialprodukt bezahlt werden müßten, aus dem die Löhne bezahlt werden müssen! Und die Vorstellung, man könne die Arbeitszeit um ein Viertel oder ein Fünftel verkürzen, ohne entweder die Pro-

duktion zu steigern oder an die Löhne heranzugehen, als ob nicht die Gesamtlohnsumme in der weltwirtschaftlichen Lage, in der wir uns nun einmal befinden, irgendwo eine obere Grenze hätte! Damit kann man Teilprobleme unserer Situation angehen und vielleicht auch wichtige Übergangsfristen gewinnen, das will ich nicht bestreiten, aber zu lösen ist damit nichts – und der größte Teil der jungen Menschen, mit denen ich umgehe, merkt das auch. Und deshalb funktioniert der sogenannte Dialog mit der Jugend nicht mehr; denn verhöhnen und für dumm verkaufen läßt sich keine junge Generation! Und deshalb hat sie auch Angst vor der Zukunft, denn so autoritätsgläubig ist sie dann auch wieder, daß sie sich sagt: Ja, wenn die Älteren und Erfahrenen schon nicht einmal mehr einen Ausweg wissen, wie sollten wir ihn denn dann eigentlich finden?

Deshalb ist das erste, was wir unserer Jugend und damit unserer Zukunft schuldig sind, Wahrhaftigkeit bei der Darstellung unserer Lage.

Mit den rosigen Wasserstandsmeldungen der Bonner Koalition und ihrer Satelliten in den Medien ist weder uns noch der nächsten Generation und unserer Zukunft etwas gedient. So entsteht nur die Gefahr, daß die Dinge weitergeschrieben und weiterverwaltet werden. Lassen Sie doch die oft vorhergesagte und immer wieder ausgebliebene Konjunkturerholung im Herbst dieses Jahres 1982 wirklich einmal eintreten. Glauben Sie wirklich, diese Bundesregierung wird die kräftiger sprudelnden Steuereinnahmen dann für ihre eigentlichen Aufgaben verwenden, für eine wirklich zukunftsweisende Sanierung des Staatshaushaltes, für die technologische und die wissenschaftliche Entwicklung und für viele Dinge, die dazu gehören, um Arbeitsplätze nicht nur für die nächsten zwei Jahre, sondern für eine ganze Generation zu sichern? Ich glaube es nicht! Man wird ein paar besonders auffällige Löcher stopfen und im übrigen die Wohltaten für 1984 finanzieren. Die eigentlichen Probleme bleiben aufgespart für die nächste Regierung, und die kriegt ein schönes Geschäft.

Aber mit Katastrophenmeldungen, wie wir sie gelegentlich von ganz links und von ganz rechts hören, ist der Sache auch nicht gedient. In letzter Zeit droht bei uns in der Bundesrepublik Deutschland der Pessimismus so etwas wie ein Volkssport zu werden. Dem müssen wir uns mit aller Kraft widersetzen, weil es dafür nicht einen wirklich zwingenden Grund gibt, und weil es in der Geschichte der Völker immer wieder Katastrophen gegeben hat, die nur dadurch eintreten konnten, weil jeder sie erwartete und weil folglich auch niemand mehr etwas dagegen unternahm. Das ist die eigentliche Gefahr, in der wir uns augenblicklich befinden!

Wir haben eine Zukunft

Deshalb ist die allererste Aufgabe für die Zukunft, den Leuten draußen und auch uns selber immer wieder zu sagen: Hört auf, den Pessimismus, und wenn er auf noch so hoher geistiger Ebene gepflegt wird, als Volkssport zu betreiben! Seid mutig und seht die positiven Seiten unserer Lage, die so klein gar nicht sind! Und sagt auch unseren jungen Leuten,

daß unsere Lage alles andere als trostlos ist, und daß man sich nur einzusetzen braucht, um sie zum Guten zu wenden!

Aber das bedeutet natürlich für unsere Generation, daß wir die Hände nicht in den Schoß legen, daß wir uns nicht damit begnügen, Mut zuzusprechen oder die Bundesregierung zu kritisieren, sondern daß wir die Probleme, die die Handlungsfreiheit der nächsten Generation wirklich zerstören könnten, jetzt endlich anpacken!

Mit vier zentralen Aufgabenfeldern, bei denen es auf das Handeln ankommt, werden wir uns heute nachmittag in den Arbeitskreisen beschäftigen. Es ist nicht meine Aufgabe, das, was dort gesagt und beraten werden wird, vorwegzunehmen. Aber ich will doch wenigstens noch zu drei innenpolitischen Aufgabenfeldern einiges sagen, die meines Erachtens für die Zukunft unseres Staates – und das heißt doch für die Zukunft unserer Kinder – entscheidend sind.

Zunächst: die Haushaltspolitik. Ich habe mir den katholischen Hirtenbrief vor der letzten Bundestagswahl weder gewünscht noch bestellt; das will ich hier in aller Deutlichkeit sagen. Aber die Scheinheiligkeit und die Entrüstung, mit der der Vorstellung entgegengearbeitet worden ist, daß die staatliche Haushalts- und Finanzpolitik auch ihre ethischen Seiten hat, und daß es das Recht und die Pflicht von Kirchen ist, hier wenigstens auf einige Grundzüge hinzuweisen, hat mich immer zutiefst erbittert. Unser Ziel und unsere Aufgabe muß es nicht nur sein, jetzt endlich unsere Haushalte in Ordnung zu bringen, sondern unsere Aufgabe ist es – und das muß eine Zusage an die junge Generation sein, weil davon ihre Zukunft abhängt – nicht nur die Haushalte in Ordnung zu bringen, sondern sie so zurückzufahren, daß auch die nächste Generation wieder die Chance von Zuwachsraten bekommen kann. Denn sie braucht diese Chance der Zuwachsraten, damit auch sie, wie wir und unsere Väter es hatten, ihr Erfolgserlebnis verzeichnen kann. Das brauchen Menschen, nicht nur der einzelne, sondern auch die Generationen, damit sie ihre Welt wenigstens zu einem Teil aus ihrer eigenen Entscheidung und nach ihrer eigenen Verantwortung gestalten können. Wir müssen in die Haushalte infolgedessen stärker einschneiden, als es gelegentlich von den Haushaltspolitikern allein verlangt wird.

Glauben Sie bitte nicht, daß ich nicht weiß, worum es da geht. Ich bin Mitglied einer Landesregierung in einem Land, dem es finanziell nicht besonders schlecht geht, daß aber trotzdem an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist. Wir haben in den letzten zwei Haushalten, 1981 und 1982, aus 30-Milliarden-Haushalten jeweils eine runde Milliarde herausgestrichen. Eine Milliarde aus einem 30-Milliarden-Haushalt herauszustreichen bedeutet beim 240-Milliarden-Haushalt der Bundesrepublik Deutschland 8 Milliarden herausstreichen. Wenn ich hinzunehme, daß die meisten Leistungen bundesgesetzlich festgelegt sind und daß es gar keinen Anhaltspunkt dafür gibt zu glauben, daß nicht in bundesgesetzlich festgelegten Leistungen auch noch Luft und Verschwendung enthalten sind, dann müßte man wahrscheinlich aus dem Bundeshaushalt mutatis mutandis

15–20 Milliarden herausstreichen können, ohne daß irgendetwas Unerträgliches geschähe.

Ich möchte auf einen zweiten Bereich kommen, mit dem man sich weniger populär machen kann: die Ausländerpolitik. Wenn man in einem Land von 60 Millionen allmählich 5 Millionen Ausländer hat, dann ist die Grenze dessen, was verkraftet werden kann, solange wir noch in einem deutschen Staat bleiben wollen, erreicht. Auch dieses Problem wird unlösbar, wenn man es weiter so schleifen läßt, wie das im Augenblick von Seiten der Bundesregierung geschieht. Ich weiß, wovon ich rede und wie hart hier manche Entscheidungen an der Grenze dessen liegen, was man auch selber noch vor sich verantworten kann. Aber die Grundlinien will ich wenigstens auch hier vorzeichnen.

1. Es kann in unserer heutigen Situation keinen neuen Zustrom von Ausländern geben, gleichgültig ob über den unberechtigten Gebrauch des Asylrechts, über eine angebliche Familienzusammenführung oder 1986 über eine EG-Freizügigkeit der Türken. Das erste, was erreicht werden muß, ist der Stillstand der Ausländerzahlen.

2. Dann muß man vorsichtig – und das sage ich bewußt und mit Nachdenklichkeit – versuchen, eine gewisse Verringerung der Zahlen zu erreichen, durch Abschiebung der Illegalen und derer, die sich zu unrecht auf das Asylrecht berufen, aber auch indem man, wie es im Augenblick im Bundesrat und Bundestag diskutiert wird, durch Kapitalisierung der Renten- und Arbeitslosenversicherungsansprüche Anreize für eine freiwillige Rückkehr schafft.

Aber lassen Sie mich das Dritte hinzusetzen, und auch das ist unseren Mitbürgern nicht ganz einfach zu verkaufen: Diejenigen langjährigen Gastarbeiter, das heißt die, die wir selbst ins Land geholt haben, – nicht alle, wie wir es jetzt aus den Kirchen gelegentlich hören, haben wir ins Land geholt, sehr viele sind freiwillig gekommen – die hier jahrelang gearbeitet haben und ordentlich unter uns gelebt haben und vor allen Dingen ihre Kinder, die hier zum Teil geboren, aber zum größten Teil jedenfalls hier aufgewachsen und in die Schulen gegangen sind, müssen auch hier bleiben können, jedenfalls dann, wenn sie bereit sind, sich bei uns zu integrieren und in der zweiten Generation bereit sind, Deutsche zu werden. Auch über die Frage muß einfach gesprochen werden. Ich sage noch einmal: Wenn wir unseren Kindern diese Probleme ungelöst hinterlassen, dann ist das nicht anders, als wenn wir ihnen eine total verschuldete Staatskasse hinterlassen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch kurz auf ein drittes Thema zu sprechen kommen, das ich für eine ganz beherrschende Aufgabe der Zukunft halte: unsere Technologiepolitik. Niemand mehr wird sich heute dieser Frage mit der unkritischen Technikbegeisterung des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts nähern. Wir kennen den Mißbrauch der Technik in der Kriegstechnik, und wir kennen die ökologischen Folgen eines Teils unserer technischen Entwicklung. Das sollte man nicht wegdiskutieren, sondern sehr ernst nehmen, weil man sich damit keinen Gefallen tut, Probleme einfach wegzudiskutieren.

Aber genau so deutlich und mit aller Konsequenz muß auch gesagt werden: Mit einer Abkehr von der Technik ist es auch nicht getan. Damit läßt sich keines unserer Probleme lösen, weder der Umweltschutz noch die Arbeitslosenfrage, weil es am Ende eben doch wieder eine Frage unserer Wirtschaft und ihrer technischen Standards ist, ob es Arbeitsplätze gibt oder nicht und ob Lösungen für die ökologischen Probleme gefunden werden oder nicht. Ohne Technik lösen wir weder das heute schon absehbare Welt-ernährungsproblem, noch die großen Fragen der Dritten Welt, die heute nachmittag ebenfalls in einem Arbeitskreis diskutiert werden sollen. Wie wollen wir denn der Dritten Welt auf Dauer helfen, wenn nicht durch eine vernünftige Arbeitsteilung? Und was heißt denn eine vernünftige Arbeitsteilung mit den unterentwickelten Völkern der Dritten Welt? Das heißt doch, daß wir ihnen die einfachen Produktionsmethoden überlassen, und das wiederum bedeutet, wenn wir nicht selbst in Elend und Armut versinken wollen, daß wir in die höher entwickelten Produktionstechniken gehen müssen, und daß diejenigen, die uns einen Stillstand unserer Technik empfehlen, uns in folgedessen empfehlen, selbst zur Fünften oder zur Sechsten Welt zu werden, nämlich zu den Armen in der übernächsten Generation zu gehören. Das kann doch auch nicht die Lösung sein.

Die Lähmung, die unsere ganze Gesellschaft, unsere Politik in dieser Frage überwältigt hat, muß eher heute als morgen beseitigt werden, und zwar nicht nur wegen der 40 Milliarden, die da irgendwo in Großvorhaben blockiert sind und die uns Zehntausende von Arbeitsplätzen schaffen könnten. Vor allen Dingen muß die Einstellung zur Technik, die Bereit-

schaft, in technische Berufe zu gehen, technische Studiengänge einzuschlagen, technische Fächer zu studieren, wieder geweckt werden. Und wir sollten aufhören, all diese Fragen nur auf dem Markt zu behandeln. Wenn wir im Augenblick neue Kommunikationstechniken diskutieren, so tun wir das doch auch deswegen, weil wir Arbeitsplätze gewissermaßen für die Zeit nach dem Kraftfahrzeug schaffen und garantieren wollen, tun wir es doch, um unsere Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten.

Daß man die Fülle der Weltprobleme nicht in 40 Minuten darstellen und auch noch lösen kann, werden Sie mir sicher nachsehen. Aber lassen Sie mich zum Schluß noch einmål ganz deutlich sagen, worum es mir geht. Wir haben Probleme. Aber auch jenseits der Verheißung des Neuen Testaments, auch für die ganz diesseitige Politik unserer Zeit haben wir gute Chancen, mit diesen Problemen fertig zu werden und etwas Gutes daraus zu machen, wenn wir nur bereit sind, wieder zu arbeiten, wenn wir nur bereit sind, miteinander an die Suche nach Lösungen heranzugehen, und wenn wir bereit sind, endlich das Singen der Klagelieder anderen zu überlassen. Ich sage es, wenn ich mit jungen Leuten rede, bewußt provozierend, und sie haben es mir noch immer abgenommen: Seid dankbar, daß ihr überhaupt noch Probleme habt, an die ihr die Kraft eurer Jugend setzen könnt. Unsere Zukunft wird nicht ohne Probleme sein. Aber gerade deshalb wird es eine Zukunft sein, in der es sich lohnt zu leben. Wir haben eine Zukunft, und wir sollten getrost und tapfer in sie hineingehen – und mit dem Glauben an unseren Schöpfer, der uns nicht verläßt.

Aus unserer Arbeit

Beispielhafte Arbeit des EAK Soltau-Fallingb.ostel

Soltau: In seinem Arbeitsbericht vor dem VI. Kreisparteitag der CDU Soltau-Fallingb.ostel konnte der Kreisvorsitzende Gustav Isernhagen auf eine beachtliche Leistungsbilanz des erst seit einem Jahr bestehenden EAK verweisen. Unter anderem führte Isernhagen aus: Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) in der CDU hat seine Arbeit im Laufe des Jahres 1980 vorbereitet und mit zwei Vortragsveranstaltungen am 4. März 1981 (Staudacher, Bonn) und am 7. Juli 1981 (Vizepräsident D. H. Ph. Meyer, Hannover) je einmal in Soltau und Walsrode begonnen.

Die Veranstaltungen stießen auf erfreuliche Resonanz sowohl unter Mitgliedern als auch unter Nichtmitgliedern. Nachdem ca. 80 Interessierte ihre Mitgliedschaft angemeldet hatten, kam es am 30. November 1981 zur Grün-

dungsversammlung mit Vorstandswahlen. Danach gehören dem Vorstand an: Gustav Isernhagen (Vorsitzender), Hermann Söder (stellv. Vorsitzender), August Koithahn (Kassenführer), Walter Alvermann, Günter Nielebock und Hans Oesterley.

Die beiden herausragenden Veranstaltungen in der – für das Kreisgebiet neuen – Arbeit des EAK wurden in den ersten Wochen des Jahres 1982 durchgeführt. Sie sprengten deutlich den Rahmen regionaler parteipolitischer Veranstaltungen und haben auch für die weitere Arbeit Maßstäbe gesetzt:

– Vom 8. bis 10. Januar 1982 fand in der Heimvolkshochschule Hermannsburg mit 26 Teilnehmern ein Wochenendseminar zum Thema „Frieden schaffen – aber wie?“ statt. Dieses Wochenende ist bei allen Teilnehmern in guter Erinnerung. Im kommenden Winter soll wieder ein Seminar angeboten werden.

– Am Dienstag, dem 2. Februar 1982,

hatte der EAK in Walsrode, Haus des Gastes, Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht zu Gast. Er sprach vor 700 Gästen zu dem Thema „Politisches Handeln und kirchlicher Auftrag heute“. Dieser Vortrag wurde im Informationsdienst der Evangelischen Allianz idea-Dokumentation 3/82 veröffentlicht.

Der EAK hat ein Entwicklungshilfeprojekt übernommen und dafür und für Altenheime im Landkreis bei den beiden letztgenannten Veranstaltungen nahezu 2 000,- DM an Spenden erhalten.

Damit war das erste Jahr für den jungen EAK ein sehr erfolgreiches Jahr. Der Vorstand will auch künftig versuchen, den EAK als Gesprächsforum für Kirche und Politik anzubieten, Gedankengut der CDU in kirchlich gebundene Bevölkerungskreise hineinzutragen, die Stimme der Kirche für eigenes politisches Handeln ernst zu nehmen und für alle Interessierten gute Veranstaltungen anzubieten.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Kurz notiert

Delegation des Rates der EKD in der Sowjetunion

Hannover: Auf Einladung der Russisch-orthodoxen Kirche hielt sich vom 12. bis 25. Juni 1982 eine 11-köpfige Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) unter der Leitung des Ratsvorsitzenden, Landesbischof D. Eduard Lohse, in der Sowjetunion auf.

Neben der orthodoxen Kirche besuchte die Delegation die lutherischen Kirchen in Lettland und Estland und führte Gespräche mit dem Verband der Evangeliumschrinden/Baptisten; u. a. hielt sich die Delegation in Moskau, Sagorsk, Kiew, Leningrad, Riga und Tallin auf.

Neben gemeinsamen geistlichen Veranstaltungen stand die Frage des kirchlichen Beitrages zur Verständigung zwischen den Blöcken und auch zum Frieden im Zentrum der Gespräche. Die Delegation hatte mehrmals die Möglichkeit, über den Inhalt der Friedensdenkschrift der EKD „Frieden wahren, fördern und erneuern“ vom November 1981 zu referieren.

Mit der orthodoxen Kirche wurde u. a. ein regelmäßiger gegenseitiger Stipendiatenaustausch vereinbart. Weiter wurden Möglichkeiten erörtert, Begegnungen zwischen einzelnen Christen aus der Bundesrepublik Deutschland mit den Gemeinden in der Sowjetunion zu fördern. Die Teilnahme einer orthodoxen Delegation an den Lutherjahrfeierlichkeiten wurde vereinbart.

In ersten Stellungnahmen nach ihrer Rückkehr zeigten sich Mitglieder der Delegation sehr beeindruckt von der Glaubenskraft der Kirchen in Rußland: Nach eigenen Aussagen gehören der orthodoxen Kirche etwa 40-60 Millionen Russen an; sie haben keine finanziellen Sorgen, da sie sich durch Opfermittel und den Verkauf von Kerzen finanzieren können. 60% der Neugeborenen wurden getauft und 90% der Verstorbenen kirchlich bestattet.

Die schätzung

lutherischer Staatsbürger deutscher Nationalität in Sibirien dürfen sich nunmehr organisatorisch zusammenschließen. In Estland gehört ein Viertel der Gesamtbevölkerung von einer Million zur lutherischen Kirche. Die lettische Kirche hat 350 000, die litauische 20 000 Mitglieder. Daneben gibt es ca. 545 000 Baptisten in 5 000 staatlich registrierten Gemeinden in der Sowjetunion.

Angesichts zunehmender Spannungen zwischen den Weltmächten sieht der Rat in persönlichen Begegnungen zwischen Kirchen, die in verschiedenen politischen Systemen leben, eine wirksame Möglichkeit, das Mißtrauen unter den Völkern zu mindern und die Zusammenarbeit zwischen den Christen zu festigen.

Dollinger wirft ESG politische Einseitigkeit vor

„Auf eigentliche Aufgaben besinnen und Studenten zum Glauben führen“

Neustadt/Aisch. Die Evangelischen Studentengemeinden spielten als eine Art „Privilegierte“ eine Rolle, die ihnen in Form und Ausmaß keinesfalls zustehe. Was man von ihnen höre, sei „im Grunde genommen oft nichts anderes als einseitige Stellungnahme zu politischen Fragen“. Dies kritisierte der CSU-Bundestagsabgeordnete Werner Dollinger in Neustadt/Aisch bei einer Pressekonferenz zum Konflikt um den von der Evangelischen Studentengemeinde in der Bundesrepublik und Berlin als Generalsekretär gewählten und von der EKD abgelehnten Pastor Velten Seifert. Dollinger, der Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der bayerischen Landessynode ist, meinte, in kirchlichen Bereichen - nicht zuletzt bei jungen Menschen - stelle man „manches Ärgernis“ fest, weil vielfach nicht mehr verstanden werde, was sich innerhalb der Studentengemeinden abspiele. Sie sollten sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückbesinnen und wieder mehr darum bemühen, Studenten zum christlichen Geist zu führen und im Glauben zu bestärken. 191/14.06.82

Buch- besprechung

Martin Greiffenhagen (Hrsg.) Pfarrerskinder

Autobiographisches zu einem protestantischen Thema. Ca. 240 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, gebunden mit vierfarbigem Überzug, 28,- DM.

Kreuz Verlag, Stuttgart
ISBN 3 7831 0656 7

Fünf Jahrhunderte lang hat das evangelische Pfarrhaus auf die deutsche Kultur bedeutenden Einfluß gehabt. Pfarrerskinder waren es zum großen Teil, die deutsches Geistesleben geprägt haben. Das alles verändert sich heute. Der Beruf des Pfarrers entwickelt sich zu einem modernen „Dienstleistungsberuf“. Damit verschwindet auch die prägende Kraft des Pfarrhauses alter Art. Dieser Band soll, sozusagen in letzter Stunde, noch einmal Stimmen von Pfarrerskindern versammeln, die jene typische Pfarrhauserziehung erfahren haben. In fünfzehn autobiographischen Beiträgen schildern bekannte und unbekannte Autorinnen und Autoren aus den verschiedensten Berufen, wie sie das elterliche Pfarrhaus erfahren haben. Von dankbarer Erinnerung bis hin zu schärfster Ablehnung spannt sich der Bogen in diesem Buch, das von einem kultur- und geistesgeschichtlichen Essay von Martin Greiffenhagen eingeleitet wird.

Der Herausgeber ist selber Pfarrerssohn und hat deutsche Kultur und Politikgeschichte vor allem in drei Büchern untersucht: „Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland“; „Ein schwieriges Vaterland“ (zusammen mit Sylvia Greiffenhagen) und „Die Aktualität Preußens“. Er ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität in Stuttgart.